



Jahresbericht 2023

Menschenrechte. Gesundheit.
Nothilfe. Psychosoziale Arbeit.
Flucht und Migration.



medico international

05	Editorial
08	Jahresüberblick: Zwölf Monate, zwölf Ereignisse
10	Türkei und Syrien: Erdbeben, Nothilfe, Solidarität
13	EU-Außengrenze: Wider die Kriminalisierung von Flucht
14	Israel/Palästina: Interview zur Eskalation der Gewalt
18	Zentralamerika: Wachsender Autoritarismus
20	Sahelzone: Krise und Demokratisierung
23	Diskurs & Räume: Öffentlichkeitsarbeit, Flucht & Migration, Autoritarismus, In eigener Sache
24	Porträt aus Gaza: Partnerin Majeda Al-Saqlqa
25	Porträt aus Israel: Partner Omri Metzer
26	medico-Stiftung: Global Assembly und Utopischer Raum
28	Finanzen & Organisation: Finanzbericht, Gesamtergebnis, Gewinn- und Verlustrechnung, Ergebnisrechnung nach Aufwandskategorien, Bilanz, Organisation und Organigramm
39	Projektübersicht: Geförderte Kooperationen nach Regionen
43	Service: Weiterführende Infos

Solidarische Hilfe. Globale G

Mit Haltung.

Für medico international, die 1968 in Frankfurt am Main gegründete Hilfs- und Menschenrechtsorganisation, bedeutet das, uns an der Seite der Betroffenen von Unterdrückung und Krieg sowie der Ausgeschlossenen des globalisierten Kapitalismus für eine gerechte Welt einzusetzen. Ausgangspunkt ist unsere Überzeugung, dass die gleichen Rechte gelten und geltend zu machen sind – für alle Menschen, an jedem Ort. Unser Ziel ist es, gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die ein Leben in Würde und Recht, frei von Armut und in bestmöglicher Gesundheit ermöglichen.

In Solidarität.

Im Drängen auf grundlegende Veränderungen unterstützen wir Partnerorganisationen und emanzipatorische Bewegungen im Globalen Süden: Seien es Näher:innen in Südasien, die für faire Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken streiten, zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich in Israel und Palästina für die Gültigkeit der Menschenrechte einsetzen, oder Organisationen, die in Westafrika gegen die Plünderung von Rohstoffen und Umweltzerstörung kämpfen. Von kritischer Nothilfe über Flucht und Migration bis zu globaler Gesundheit und psychosozialer Arbeit: Jedes Jahr unterstützen wir weit über 100 Kooperationen. Diese Förderung und der politische Austausch münden oft in eine langjährige partnerschaftliche Zusammenarbeit und internationale Netzwerke der Solidarität.

Für Veränderung.

Wir helfen, um Hilfe überflüssig zu machen. Gemeinsam wollen wir Verhältnisse überwinden, die Not und Unrecht hervorbringen und immer mehr Hilfe nötig machen. Hierbei rückt medico die Verantwortung des Globalen Nordens für elende Lebensverhältnisse und Gewalt in vielen Regionen der Welt in den Blick. Mit unserer kritischen Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Kampagnen machen wir die zerstörerischen Folgen von kapitalistischen und neokolonialen Herrschaftsverhältnissen deutlich. Das Verbindende solcher Initiativen ist die Idee eines globalen Ausgleichs und gerechter Weltverhältnisse. Dabei haben wir nicht immer einfache Antworten, stets aber eine klare Haltung: Globale Solidarität ist für uns Weg und Ziel zugleich.

gerechtigkeit.

Nothilfe

In den fünf Jahrzehnten, in denen medico Menschen in Not unterstützt, haben wir gelernt, dass Hilfe nicht – wie in den Medien oft vermittelt – eine Frage der Schnelligkeit ist. Auch in akuten Krisen gilt, dass Nothilfe internationaler Nichtregierungsorganisationen die vorhandenen Strukturen der Selbsthilfe fördern und ausbauen muss, statt sich an die Stelle einheimischer Akteur:innen zu setzen. Unser Partnernetzwerk leistet eine solche nachhaltige Nothilfe. Sie hat zum Ziel, dass Menschen in Not so schnell wie möglich wieder selbstständig und selbstbestimmt handeln können.

Gesundheit

Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Gesundheit lässt sich nicht auf die Frage medizinischer Versorgung reduzieren. Erst recht nicht dort, wo Menschen nicht genügend Nahrungsmittel, kein Dach über dem Kopf, keine Bildung und keine Arbeit haben. Für medico schließt die Verwirklichung des umfassenden Rechts auf Gesundheit daher die Schaffung gesunder Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen für alle ein. Mit unseren Partner:innen kämpfen wir gegen krankmachende Verhältnisse sowie für das Recht auf ein gesundes und gutes Leben.

Menschenrechte

In einer zutiefst gespaltenen Welt, in der eine globalisierte Ökonomie Millionen Menschen sozial und ökonomisch ausschließt, ja „überflüssig“ macht, steht medico an der Seite derer, die sich für die Verteidigung und Durchsetzung der unteilbaren sozialen, politischen und ökonomischen Menschrechte einsetzen. Dabei muss sich jede Hilfe daran messen, ob und wie sie dazu beiträgt, die Menschen wieder „in ihr Recht zu setzen“. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit, Bildung und Gesundheit ist so auch ein Kampf gegen Verhältnisse, die diese Rechte strukturell beschneiden.

Psychosoziale Arbeit

Von der Hilfe für Folteropfer über die Unterstützung von traumatisierten Flüchtlingen bis zur Arbeit mit misshandelten Frauen: Seit langem engagiert sich medico dafür, die individuellen Folgen massiver Ausgrenzungs- und Gewalterfahrungen in der Projektförderung eigenständig zu berücksichtigen. medico wendet sich dabei gegen die Pathologisierung der Betroffenen. Psychische Störungen sind menschliche Reaktionen auf unmenschliche Erfahrungen. Es geht darum, geschützte Räume zu schaffen, in denen Menschen – vermittelt über Haltungen wie Empathie, Vertrauen und Respekt – Würde und Handlungsfähigkeit zurückgewinnen können.

Flucht und Migration

Weltweit sind Menschen auf der Flucht vor Krieg, Armut und Hoffnungslosigkeit. Unsere Partnerorganisationen leisten humanitäre Nothilfe, medizinische Versorgung, psychologischen Beistand und Rechtsberatung für Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten. In Herkunfts- und Transitländern, bei uns, in Netzwerken der Solidarität. Für das Recht auf ein Leben in Würde – überall.



Dr. med. Anne Blum,
Vereinsvorsitzende



Tsafrir Cohen,
Geschäftsführer

Foto: Privat

Foto: Christoph Boeckheler

Liebe Leserinnen und Leser,

die Welt, wie wir sie kannten, zerfällt. Am sichtbarsten ist dies an ihren Rändern, aber auch in den Zentren gibt es gewaltige Verschiebungen. Heute, im Frühjahr 2024, ist unverkennbar, welch hohes Maß an Unberechenbarkeit diesen Prozess charakterisiert. Niemand hatte mit einem russischen Angriff auf die Ukraine gerechnet. Und niemand hat den 7. Oktober 2023 vorausgesehen, nicht einmal der israelische Militäraparappat, der sich bis dahin für übermächtig hielt. Der Einmarsch der Hamas in den Süden Israels war von einem im palästinensischen Widerstand gegen die Besatzung nie da gewesenen Vernichtungswillen geprägt. Auch der folgende israelische Krieg gegen die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens übersteigt in seiner verheerenden Gewalt alle bisherigen Militärschläge gegen die Enklave. In diesen vom Kriegsregime geprägten Zeiten sind Ausblendung, Verleugnung und einseitige Empathie Mittel der Stunde. Statt eines „radikalen Universalismus“ [Omri Boehm], der als Fluchtpunkt für die Gleichheit aller an jedem Ort und zu jeder Zeit den Rahmen für weltpolitisches Handeln setzen könnte, erleben wir den Zerfall in identitäre Kämpfe und nationalen Chauvinismus.

medico international ist Teil eines durch das Menschenrechtsprinzip verbundenen weltweiten Netzwerkes aus Partner:innen, Denker:innen, Aktivist:innen. Dank ihnen können wir mit einer eigenen Augenzeugenschaft der Vereinfachung und Polarisierung entgegenstehen. Die Erfahrungen und das Denken derer, die aus dem herrschenden Diskurs ausgeschlossen werden, zugänglich zu machen, ist eine vorrangige, aktuell aber besonders schwierige Aufgabe. Denn die postkolonialen Theorien, die bei medico ausgehend von Frantz Fanon und Edward Said längst eine wesentliche Grundlage des Denkens gewesen sind, werden heute in Deutschland in einen falschen Widerspruch zur Bekämpfung des Antisemitismus gesetzt. Das schließt Räume des Denkens und Handelns, die wir so sehr brauchen, um Alternativen zu den herrschenden Politiken zu entwickeln. Deshalb unterstützen wir wo immer möglich Praktiken der Solidarität jenseits von Ressentiment und Voreingenommenheit.

Wie wir das konkret tun und welche Krisen uns als Hilfs- und Menschenrechtsorganisation 2023 besonders beschäftigt haben, können Sie diesem Jahresbericht entnehmen. Mit diesem möchten wir uns auch für Ihre Solidarität bedanken. medico erfuhr im vergangenen Jahr außerordentlichen Zuspruch, erhielt mehr Spenden als jemals zuvor und gewann mehrere Hundert Fördermitglieder hinzu. All das ist so beeindruckend wie nötig. Denn in Zeiten wie diesen sind wir mehr denn je auf Unterstützung angewiesen, um uns in größtmöglicher Unabhängigkeit für eine gerechtere Welt einzusetzen.

Herzliche Grüße

Anne Blum

Tsafrir Cohen



2023 jährt sich die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zum 75. Mal. Die Realität aber ist düster, vielerorts und besonders in Haiti. Wo die Universalität der Menschenrechte einst revolutionär erkämpft worden war, regiert die Gewalt [> S. 9].



Zwölf Monate, zwölf Ereignisse

Debatte

Hilfe dekolonialisieren

Zum Selbstverständnis von medico gehört die kritische Reflexion der Hilfe. Die u.a. mit indonesischen Partner:innen organisierte Veranstaltungsreihe „Decolonizing Aid“ beleuchtet das koloniale Erbe in den Konzepten und der Praxis von Hilfe und Entwicklung.

Flucht und Migration

Sicher ankommen

Während die EU das Asylrecht weitgehend aushebt und Flucht und Migration kriminalisiert wird [>> S. 13], startet auf Sizilien das von medico unterstützte Maldusa-Projekt. Es verteidigt am Mittelmeer das Recht auf Schutz und Bewegungsfreiheit durch Rettung, Beratung und Solidarität.

Global

Demokratie? Autoritarismus!



Zum Demokratie-Jubiläum in Deutschland laden medico und andere 50 Aktivist:innen aus aller Welt zu einer Global Assembly nach Frankfurt in die Paulskirche [>> S. 26]. Deutlich wird: Demokratie und Menschenrechtsarbeit stehen vielerorts massiv unter Druck. Im Herbst startet eine medico-Reihe zum globalen Autoritarismus [>> S. 23].

Januar

März

Mai

Februar

April

Juni

Türkei/Syrien

Massiv erschüttert



Gewaltige Erdbeben richten in der syrisch-türkischen Grenzregion verheerende Zerstörungen an. Zehntausende Menschen sterben, Millionen verlieren ihr Zuhause. medico-Partner:innen setzen sich dafür ein, dass Hilfe alle erreicht [>> S. 10].

Globale Gesundheit

Jubiläum und Krise

Im 75. Jahr ihres Bestehens ist die Weltgesundheitsorganisation geschwächt wie nie. Zum Jubiläum veröffentlicht medico 7,5 Thesen. Im Kern: Um das Recht aller auf bestmögliche Gesundheit verwirklichen zu können, muss die WHO politisch und finanziell unabhängiger von den Interessen mächtiger Mitgliedsstaaten, Industrie und privater Stiftungen werden.

Ukraine

Entfesselte Gewalt



Der Krieg und das Massensterben gehen weiter. Am Unterlauf des Dnipro/Dnjepir wird ein Staudamm zerstört. Wassermassen, die den Bodensee vier Mal füllen könnten, fluten eine ganze Region. Es ist auch ein ökologisches Desaster. Hier wie anderswo in der Ukraine leisten medico-Partner:innen Nothilfe.

Haiti

Keine Intervention



Auf der Karibikinsel zerfällt der Staat vor aller Augen. Haitianische medico-Partner:innen wenden sich öffentlich gegen die Pläne der UN für eine Militärintervention. Im Wissen um die fatalen Folgen wiederholten Eingreifens von außen fordern sie zivile und selbstbestimmte Ansätze.

Rojava

Dauerbeschuss



Über Monate greift die Türkei die selbstverwaltete Region in Nordostsyrien und damit auch medico-Partner:innen an. Drohnen töten gezielt, Luftschläge zerstören die zivile Infrastruktur – im Schatten anderer Kriege ohne Widerspruch der Weltgemeinschaft.

Juli

September

November

August

Oktober

Dezember

Niger

Nächster Putsch



Durch einen Militärputsch verliert der Westen seinen letzten stabilen Verbündeten im Sahel und Europa einen strategischen Partner zur Migrationsabwehr. Die Entwicklung in der Region mit mehreren Putschen unterstreicht, dass die westliche Hegemonie weltweit bröckelt [> S. 20].

Israel/Palästina

7. Oktober und die Folgen

Die Hamas überrumpelt die israelische Grenzmaschinerie und richtet ein Massaker an Zivilist:innen an. Israel antwortet mit einem Angriff auf Gaza und umfassender Zerstörung. Auf beiden Seiten leisten medico-Partner:innen Nothilfe und widersetzen sich damit der Logik der Gewalt [> S. 14, 24 und 25].

Klimakrise

Immer heißer

Während auf der Weltklimakonferenz in Dubai der Ausstieg aus den fossilen Energien abermals vertagt wird, nähert sich das heißeste Jahr aller Zeiten dem Ende. Der Einsatz für Klimagerechtigkeit hat bei medico weiter an Bedeutung gewonnen – mit Kooperationen von Indonesien über Libanon bis Kenia und Brasilien.

Türkei und Syrien

Katastrophe und Solidarität

Schwere Erdbeben haben Millionen Menschen im syrisch-türkischen Grenzgebiet alles genommen. Bis heute verhindern die Regime vor Ort, dass Hilfe wirklich allen zukommt. Als umso wichtiger haben sich selbstorganisierte Hilfe und zivilgesellschaftliche Anteilnahme erwiesen.



Lokale medico-Partner:innen versorgen Überlebende der Erdbeben in Nordwestsyrien mit Lebensmitteln.

In der Nacht auf den 6. Februar 2023 bebte in den syrisch-türkischen Grenzgebieten die Erde. Am frühen Morgen zeigte sich, welche verheerende Wirkung die Erschütterungen verursacht hatten. Offiziell starben 60.000 Menschen unter den Trümmern. Millionen wurden über Nacht obdachlos und unzählige Existenzen zerstört. Es traf Regionen, die ohnehin schwer gebeutelt sind: Die kurdisch geprägten Gebiete in der Südosttürkei leiden seit Jahrzehnten unter politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Vernachlässigung. Der Nordwesten Syriens ist von Bürgerkrieg, Flucht und Vertreibung gezeichnet. Nach Idlib und Afrin, wo UN-Schätzungen zufolge 8,8 Millionen Menschen vom Beben betroffen waren, kam über Tage keinerlei internationale Hilfe. Mit bloßen Händen suchten die Menschen nach Überlebenden.

Gewaltige Zerstörung, beispiellose Resonanz

In der Geschichte von medico hat sich immer wieder gezeigt, dass Katastrophen in der Welt, mögen sie auch noch so viel Leid verursachen, hierzulande mal mehr, mal weniger Aufmerksamkeit finden. Die Resonanz auf dieses Erdbeben indes war beispiellos: Eine enorme Anteilnahme wogte durch das Land. In dem Wunsch, Solidarität zu zeigen, wandten sich viele an medico, darunter Tausende zum ersten Mal. Quer durch Deutschland wurden spontane Spendeninitiativen und Benefizkonzerte organisiert und die Erlöse an medico weitergeleitet. Prominente nutzten ihre Reichweite und verbreiteten unsere Stellungnahmen. Fußballclubs wie Borussia Dortmund, der FC St. Pauli und Werder Bremen sammelten für die medico-Nothilfe. Versandshops bestellten in großer Zahl unsere Spendenaufrufe, um sie ihren Sendungen beizulegen. Das Spektrum der Unterstützung war vielfältig wie nie: Feministische und LGBTIQ-Gruppen engagierten sich ebenso wie große Kultur- und Theaterhäuser, der Späti an der Ecke, Jugendverbände, Klimaaktivist:innen, Bildungs- und Coachinginstitute, Parteiverbände, Community-Initiativen, Cafés und Bäckereien. In all dem zeigte sich auch die Stärke einer postmigranten Gesellschaft mit engen Verbindungen in die betroffene Region.

Die vielseitige Zuwendung zu medico war kein Zufall. Seit Jahrzehnten setzen wir uns mit den Entwicklungen in der betroffenen Region auseinander und unterstützen Partnerorganisationen vor Ort in den Bereichen Gesundheit und psychosoziale Hilfe, Flucht und Migration, Nothilfe sowie Frauen- und Menschenrechte. Diese Verbindungen griffen dann auch in der Katastrophe. Unsere Partnerorganisationen begannen unmittelbar nach dem Beben, Nothilfe zu leisten. Sie bargen Menschen aus den Trümmern und versorgten sie medizinisch. In früheren Krisen erprobte Nothelfer:innen fuhren von Diyarbakir aus in zerstörte Dörfer und Provinzen und erkundeten, was wo am dringendsten benötigt wird. So gelang es, Zelte, Kleidung, Nahrungsmittel und Heizmaterial auch in abgelegene Gegenden zu bringen. Dank der Berichte unserer Partner:innen konnten wir hierzulande über die Situation informieren und ihre selbstorganisierte Katastrophenhilfe mit den eingehenden Spendengeldern unterstützen.

Die politische Dimension der Hilfe

Das große Vertrauen in die Arbeit von medico stellte sich auch darüber her, dass wir von Anfang an die politische Dimension des Erdbebens kommuniziert und Stellung bezogen haben. So wurden Menschen buchstäblich unter der Verantwortungslosigkeit staatlicher Behörden und Bauunternehmen begraben. Rasch zeigte sich auch, dass die Regime in Ankara und Damaskus ihre diskriminierende Politik beibehielten. In der Türkei benachteiligte die AKP-Regierung politisch unliebsame Gebiete auch in der Katastrophe. So kam staatliche Hilfe insbesondere in kurdisch-alewischen Bergdörfern zu spät und zu wenig an. Mehr noch: Die Hilfe, wie sie unsere Partner:innen leisteten, wurde von staatlichen Behörden immer wieder be- oder sogar verhindert. In Syrien dauerte es aufgrund der türkischen Grenzblockade und der Instrumentalisierung der Hilfe durch Diktator Assad Tage, bis internationale Hilfslieferungen den betroffenen Norden erreichten. Auch hier konnte medico schnell lokale Partner:innen darin unterstützen, Notunterkünfte zu errichten, Lebensmittel zu verteilen und bei dem zu helfen, was an notdürftigem Wiederaufbau möglich ist. Beiderseits der Grenze gelang es also, unter widrigsten Umständen das Recht zu verteidigen, dass Hilfe alle erreichen muss.

Für medico ist es eine ermutigende Erfahrung, dass dieses rechtebasierte Verständnis von Hilfe auf solch großen Zuspruch in der hiesigen Zivilgesellschaft stieß. Dieser hat es ermöglicht, die Unterstützung der lokalen Partner:innen auch dann fortzusetzen, als sich das mediale Interesse längst anderen Krisen zugewandt hatte. Denn mit der Aufmerksamkeit ist die Not vor Ort keineswegs verschwunden. Auch ein Jahr später ist die Versorgung der Überlebenden unzureichend. Ohne Perspektive darben Millionen Menschen in provisorischen Container- und Zeltlagern. Die Aufräumarbeiten gehen nur schleppend voran, der Wiederaufbau wird im besten Fall noch Jahre dauern.

Auch an den politischen Verhältnissen hat die Katastrophe nichts geändert, im Gegen teil: In Damaskus hat Diktator Assad den Hebel, den Zugang internationaler Hilfe zu kontrollieren, genutzt und sich politisch rehabilitiert. Nach Jahren des Bürgerkrieges sitzt er wieder fest im Sattel. In der Türkei wurden Mitte Mai noch im Schatten des Erdbebens die Präsidentschafts- und Nationalversammlungswahlen durchgezogen. Die AKP hat sich angesichts der Notlage vieler mit der selektiven Gewährung von Hilfe – bzw. dem Versprechen darauf – Zustimmung erkauf. Trotz des offenkundigen staatlichen Versagens bei der Katastrophenvorsorge gewannen die AKP und Erdoğan die Wahlen. Damit werden die politischen Mängel und Versäumnisse, die das Erdbeben erst zur unermesslichen Katastrophe gemacht haben, nicht aufgearbeitet werden. Die Repressalien des Regimes gegen Helfer:innen, die sich seiner Kontrolle entziehen, gehen hingegen weiter.

medico hat die Erdbeben-nothilfe in Syrien und der Türkei im Jahr 2023 mit über zwei Millionen Euro unterstützt. Kooperationen zur Bewältigung der Katastrophe und für einen gerechten Wiederaufbau werden 2024 fortgesetzt.

Was bleibt, ist allem zum Trotz weiterzumachen. Das tun die medico-Partner:innen in den Erdbebengebieten, wie die nachstehende Beschreibung laufender Kooperationen zeigt. Auch wir machen weiter, indem wir ihre Arbeit langfristig unterstützen und unsere kritische Öffentlichkeitsarbeit fortsetzen – dies gestärkt dadurch, dass Tausende Menschen in Deutschland eben diesem politischen Handeln ihr Vertrauen geschenkt haben.

Anita Starosta



In Nordostsyrien leisten die Gesundheitsteams der medico-Partnerorganisation Kurdischer Roter Halbmond medizinische Hilfe.

Nothilfe und Wiederaufbau

Türkei. In der Region Malatya, wo noch immer Hunderttausende Menschen unter den Folgen des Erdbebens leiden, unterstützt medico den gemeinschaftlichen Wiederaufbau von Häusern und sichert damit Bleibeperspektiven. Damit Familien ein Auskommen haben, hilft medico bei der Gründung landwirtschaftlicher Kooperativen. Damit auch alte und kranke Menschen dort bleiben können, wo sie ihr Leben lang zu Hause waren, organisieren die Gewerkschaft der Gesundheitsarbeiter:innen, die Ärztekammer und der Apotheker:innenverband in den Provinzen Hatay, Kahramanmaraş und Adiyaman mobile Kliniken. Diese übernehmen zudem die gesundheitliche Versorgung von Menschen, die noch in Zelt- und Containerlagern leben müssen. Die Gesundheitsarbeiter:innen sind Teil des „Nothilfe- und Solidaritätsnetzwerks“, das sich unmittelbar nach dem Erdbeben in Diyarbakır gegründet hat. Es setzt sich auch für einen besseren Katastrophenschutz und eine engere Abstimmung von Hilfsmaßnahmen ein.

Nordwestsyrien. Die Nothilfe der Vereinten Nationen, die die Region spät und nie in erforderlichem Ausmaß erreicht hat, ist im Laufe des Jahres 2023 immer weiter reduziert worden. Für Millionen von Binnenflüchtlingen gibt es kaum eine Perspektive in den von islamistischen Rebellengruppen kontrollierten Gebieten. Unter diesen Bedingungen sind medico-Partner:innen wie das Frauenzentrum in Idlib umso bedeutsamer. Sie stellen Notunterkünfte bereit, verteilen lebensnotwendige Güter für mehrere Tausend Familien und organisieren psychosoziale Unterstützung.

Nordostsyrien/Rojava. Vielen Widerständen zum Trotz leistet der Kurdische Rote Halbmond, mit dem medico schon über viele Jahre kooperiert, seit Monaten Überlebenshilfe, auch und gerade dort, wo internationale Hilfe kaum hinkommt. Das Spektrum reicht von psychosozialer Unterstützung und medizinischer Versorgung in den zahlreichen Flüchtlingscamps bis zu Perspektiven für den Wiederaufbau. Daneben kümmern sich die Nothelfer:innen um die Verbesserung des zivilen Katastrophenschutzes. Dies ist auch deshalb so wichtig, weil die Region weiterhin unter Beschuss durch türkische Raketen steht. Die Angriffe bedrohen Leben, sorgen für eine permanente Bedrohung, zerstören Infrastrukturen und erschweren damit auch die Hilfe für Menschen, die ohnehin fast alles verloren haben.

Europas Abschottungspolitik

Über jede Grenze

Die EU hat das europäische Asylrecht ausgehebelt, an den Außengrenzen werden Geflüchtete drakonisch bestraft. medico engagiert sich gegen die fortschreitende Kriminalisierung von Flucht und Migration.

Das Recht zu gehen, anzukommen und zu bleiben	Mit der Zustimmung des Europäischen Parlaments zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) im April 2024 ist ein gefährlicher Trend zur systematischen Entrechtung festgeschrieben worden. Die Aufrüstung des Grenzschutzes geht Hand in Hand mit der Bekämpfung sogenannter Schleuser. Asylsuchende, auch Kinder, sollen überall an den EU-Außengrenzen in abgeschotteten Lagerkomplexen inhaftiert werden. Geflüchtete, die aus Ländern kommen, deren durchschnittliche Asylanerkenntnisrate bei unter 20 Prozent liegt, werden von der Inanspruchnahme geltenden Rechts ausgeschlossen. Das Recht auf Prüfung des individuellen Asylanspruchs eines Menschen ist abgeschafft. Im Rahmen der GEAS-Krisenverordnung können Grundrechte vollständig ausgehebelt werden: Argumentiert eine Regierung, dass Fliehende an ihrer Landesgrenze von einem anderen Staat „instrumentalisiert“ werden, können sie im Schnellverfahren ausgewiesen werden. Dabei ist es die europäische Politik, die das Thema Migration gegenüber anderen Ländern instrumentalisiert, indem sie Entwicklungshilfegelder an den Kampf gegen die „irreguläre Migration“ knüpft.
Beistand ermöglichen	Unsere Partnerorganisationen stellen sich dieser Erosion des Rechts und der Kriminalisierung der Migration entgegen. Vielerorts entlang der EU-Außengrenzen leisten Aktivist:innen, Anwält:innen und selbstorganisierte Gruppen Hilfe für Menschen auf der Flucht. Mit dem Aufbau von Solidaritätsnetzwerken und Hilfsstrukturen setzen sie sich ein für das Recht zu gehen, anzukommen und zu bleiben. Einige Beispiele: Die Helsinki Foundation for Human Rights kämpft gegen gewaltsame Pushbacks und die Kriminalisierung von Helfer:innen an der polnisch-belarussischen Grenze. An der türkisch-iranischen Grenze setzt sich die Organisation Ortakça für das Recht auf Flucht aus Afghanistan und dem Iran ein, während unsere Partner:innen vom Alarmphone Sahara in Niger Migrant:innen in der Wüste vor dem Verdurstenden bewahren. Nachdem im Juni 2023 fast 600 Menschen von einem Flüchtlingsboot, das vor der griechischen Hafenstadt Pylos von der Küstenwache zum Kentern gebracht wurde, umkamen, streiten unsere Partner:innen vom Legal Centre Lesvos für den Freispruch von neun Überlebenden, die unter dem Vorwurf der Schleuserei angeklagt sind. Pylos ist kein Einzelfall: 2022 saßen in Griechenland über 2.000 Migrant:innen wegen des gleichen Vorwurfs im Gefängnis. Wie unsere Partnerorganisation borderline-europe mit der Auswertung von 81 aktuellen Verfahren zeigen konnte, dauert ein durchschnittlicher Gerichtsprozess gegen diese Menschen 37 Minuten. Das Urteil sieht im Schnitt eine Haftdauer von 46 Jahren vor.

Im Jahr 2023 hat medico Kooperationen zur Hilfe von Migrant:innen und für das Recht auf Bewegungsfreiheit entlang der EU-Außengrenzen mit 393.232,91 € unterstützt.

Wenn das Recht und der Schutz von Menschen auf der Flucht so eklatant untergraben werden, wird Beistand lebenswichtig. Deshalb ruft medico international im Sommer den Fonds für Bewegungsfreiheit ins Leben, der von Kriminalisierung betroffene Geflüchtete und Netzwerke der Solidarität vor Gericht unterstützt. An der Seite der Betroffenen verteidigen wir das Recht auf Bewegungsfreiheit.

Valeria Hänsel

Israel/Palästina

Kein Ausweg?

Der Nahostkonflikt ist eskaliert. Über die Situation in Israel nach dem 7. Oktober, den Krieg in Gaza, die Völkermord-Klage und die Verantwortung Deutschlands: ein Gespräch von Mitte Januar mit der Wissenschaftlerin Muriel Asseburg, dem Journalisten Hanno Hauenstein und medico-Referent Riad Othman, das leider noch immer aktuell ist.



Suche nach Überlebenden nach einem israelischen Angriff auf Khan Younis

Israel war 2023 ein Land in Aufruhr: Gegen den geplanten Justizputsch der rechten Koalitionsregierung von Premier Netanyahu gingen Hunderttausende auf die Straße. Dann kam der 7. Oktober. Was hat der Überfall der Hamas mit der israelischen Gesellschaft gemacht?

Hanno Hauenstein [HH]: Der Angriff hat eine große Wunde gerissen. Da ist die Trauer um die Opfer, da ist Sorge um die Geiseln und da ist eine tiefe Verunsicherung. Es ist eine Gesellschaft im Kriegsmodus, die sich in einem Kampf um die Existenz wähnt. Im öffentlichen Raum ist der Krieg omnipräsent, überall sieht man Schilder mit Parolen wie „Gemeinsam werden wir siegen“. Ich habe im Dezember das Gelände des Nova Music Festivals besucht, auf dem Menschen brutal ermordet worden sind. Dort ist eine Art improvisiertes Mahnmal entstanden und man spürt, wie frisch das Trauma ist. Gleichzeitig hört man im Hintergrund dieses Wummern von den Einschlägen der Bomben in Gaza, das tatsächlich nur wenige Kilometer entfernt ist. Ich habe mich gefragt: Wie ist hier Erinnerung und Trauer möglich, wenn sich andere Gewalt dort so unmittelbar fortsetzt?

Muriel Asseburg [MA]: Mit dem 7. Oktober sind die Traumata der israelischen Gesellschaft wieder aufgebrochen. Genau das sollte der Überfall bewirken: Es war ein gezielter Angriff auf das Sicherheitsgefühl Israels. Dazu passt, dass die Gräueltaten von den Tätern aufgezeichnet und übertragen wurden. Es ging darum, Horror zu erzeugen. Die Reaktion in Israel ist ein Rückzug ins Kollektiv, in ein bedrohtes Wir, das die militärische Antwort auch in sehr hohem Maße unterstützt.

Riad Othman [RO]: Unsere Kolleg:innen in Israel haben uns berichtet, welch tiefer Riss auch die progressiven Kräfte im Land durchzieht und wie groß die Enttäuschung über die geringe Anteilnahme von langjährigen Verbündeten ist, sei es in der globalen Linken, sei es von Palästinenser:innen. Man darf aber nicht übersehen, dass es in Israel immer noch Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen jüdischen und arabischen Initiativen gibt, die sich gemeinsam für eine nicht militärische Lösung und einen friedlichen Ausgleich einsetzen. Aber solche Ansätze sind randständiger als jemals zuvor. Gleichzeitig gibt es die Kritik von Angehörigen der Opfer des 7. Oktobers und der Geiseln an deren politischer Indienstnahme: Sie wollen nicht, dass ihre Freunde oder Angehörige dazu benutzt werden, das Leid zu rechtfertigen, das nun den Menschen in Gaza zugefügt wird.

MA: In der Tat gibt es Risse in dem Kollektiv. Zum einen ist das „Wir“ ganz überwiegend ein jüdisches. Die palästinensischen Staatsbürger:innen Israels werden von der Mehrheitsgesellschaft als Teil „der anderen“ gesehen. Zudem gibt es in der Mehrheitsgesellschaft eine große Kritik an der Regierung, an ihrem Versagen vor dem 7. Oktober, am Versagen des Militärs und der Geheimdienste. Man steht also hinter dem Krieg, aber nicht hinter der Regierung.

Während es weltweit große Kritik an der israelischen Kriegsführung in Gaza gibt, wird diese aktuellen Umfragen zufolge von knapp zwei Dritteln der Israelis befürwortet. Wie lässt sich das erklären?

HH: Die Lage der Menschen in Gaza ist in Israel kaum

präsent. In den größeren Medien abseits Haaretz und etwa +972 wird so gut wie gar nicht darüber berichtet, wie viele Menschen dort getötet werden und wie groß das menschliche Leid ist. Es wird auch nicht darüber diskutiert, was dieser Krieg mit einer Generation palästinensischer Jugendlicher macht, wie viel Hass er produziert. Diskutabel sind einzig die Fragen, ob die Art der Kriegsführung der Befreiung der Geiseln dienlich ist und ob die Zerstörung der Hamas ein realistisches Ziel ist.

RO: Die Forderung nach einer Waffenruhe gilt im Prinzip nur dann als legitim, wenn man mit dem Schutz der Geiseln und der Rettung des jüdischen Lebens argumentiert, das durch den harten Militäreinsatz eher gefährdet wird. Das hat wenig mit Mitgefühl mit der palästinensischen Bevölkerung in Gaza zu tun.

MA: Es geht in diesem Krieg zum einen um Vergeltung und zum anderen darum, eine Situation herzustellen, in der sich die israelische Gesellschaft nicht mehr bedroht fühlt. Und da unterstützen die meisten Israelis die Vorstellung, dass dies am besten militärisch und durch eine Vernichtung der Hamas erreicht werden kann. Diese Haltung zeigt auch, wie groß die Entmenschlichung geworden ist, bei der man die andere Seite nur noch als Feind wahrnimmt.

Der israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant sagte vor Beginn des Angriffs auf Gaza: „Wir kämpfen gegen menschliche Tiere.“

RO: Solche Formulierungen stoßen in der israelischen Mehrheitsgesellschaft nicht auf Widerspruch oder Empörung – genauso wenig, wie TikTok-Videos, in denen junge Israelis die Bevölkerung Gazas in ihrer Not verhöhnen. Die Entmenschlichung des Gegenübers ist weit fortgeschritten. Sie hat aber auch nicht erst am 7. Oktober oder unter der extrem rechten Regierungskoalition begonnen. Eine Erniedrigung „des Arabers“ oder „des Palästinensers“ hat eine lange Tradition im öffentlichen Diskurs in Israel.

MA: Das Scheitern der Osloer Friedensgespräche vor rund 20 Jahren war ein Wendepunkt. Damals wurde über eine Konfliktregelung verhandelt, die die legitimen Interessen und Rechte der jeweils anderen Seite anerkennt. Das Scheitern hat zu dieser Entmenschlichung beigetragen, die seither auf beiden Seiten stattfindet. Man möchte nicht mehr anerkennen, dass auch auf der anderen Seite Menschen existieren, die legitime Ansprüche haben – auf Selbstbestimmung, Land und Sicherheit. Im Krieg dient die Entmenschlichung dann der gesellschaftlichen Mobilisierung.

Du hast eben von der Entmenschlichung auf beiden Seiten gesprochen. Tatsächlich gibt es auch viele Videos, in denen Palästinenser:innen das Massaker am 7. Oktober feiern. Wie kann das sein? Und wie groß ist die Unterstützung für die Hamas tatsächlich?

MA: Aktuelle Umfragen zeigen, dass die Hamas in der palästinensischen Bevölkerung infolge des 7. Oktobers an Zustimmung gewonnen hat, in der Westbank weit stärker als in Gaza. Darin spiegelt sich auch, was in der israelischen Gesellschaft passiert. Die Palästinenser:innen sehen die Gewalt in Gaza als Fortsetzung der Nakba, der Flucht und Vertreibung von Palästinenser:innen, die mit der Staats-

gründung Israels 1948 einherging, aber nicht als Konsequenz der Taten der Hamas vom 7. Oktober. Und auch hier gibt es eine Politik der Bilder: 85 Prozent der Befragten geben an, dass sie keine Videos der Gräueltaten vom 7. Oktober kennen, und glauben auch nicht, dass diese so stattgefunden haben. Was sie hingegen kennen, sind Bilder vom Überwinden des Grenzzauns und der Eroberung israelischer Militärstationen und Panzer – also die „Siegesbilder“. Diese wirken vor allem in der Westbank, wo die Leute weder im gleichen Ausmaß wie im Gazastreifen die Folgen zu tragen haben noch jemals unter der Herrschaft der Hamas gelebt haben. Dazu passend wünschen sich 75 Prozent der Befragten in der Westbank, dass die Hamas auch künftig den Gazastreifen kontrollieren soll. Im Gazastreifen selbst sagen das nur 38 Prozent.

HH: Es ist eine interessante Frage, ob die Hamas künftig eigentlich noch regieren will. Es steht ja auch die These im Raum, dass sie kein Interesse daran hat, weiterhin Verwalter eines schlechten Status quo zu sein. Wenn dem so wäre, könnte man den 7. Oktober vonseiten der Hamas auch als Versuch werten, in eine neue Rolle zu kommen: weg von der Regierungsrolle, zurück zur Rolle als zentrale Kraft palästinensischen Widerstandes.

MA: Ich glaube tatsächlich, dass die Hamas nicht länger im bisherigen Rahmen regieren wollte. Als Regierungsverantwortliche in Gaza müsste sie auf Dauer mit Israel – zumindest indirekt – kooperieren, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, und liefe Gefahr, über kurz oder lang ähnlich zerrieben zu werden wie die Autonomiebehörde in der Westbank. Diese Situation bot ihr keine Perspektiven. Mit dem 7. Oktober hat sie sich in den Augen vieler in der palästinensischen Bevölkerung nun wieder als „Befreiungsbewegung“ behauptet, die die Dinge in die Hand nimmt.

RO: Der Angriff am 7. Oktober hat der internationalen Gemeinschaft tatsächlich gezeigt, dass es kein Weiter-so geben kann. Für die palästinensische Seite bedeutete der Status quo mit einem fortgesetzten Siedlungsbau in der Westbank und einem abgeriegelten, immer mehr vereinzelnden Gazastreifen eine kontinuierliche Verschlechterung.

HH: Wenn wir über die Motive und Strategien sprechen: In der israelischen Regierung gibt es mehrere rechtsradikale Hardliner, die schon lange eschatologischen Rachefantasien anhängen – also auch der Idee, den Gazastreifen einzunehmen und „Gush Katif“, ehemalige israelische Siedlungen, dort erneut zu errichten. Die extreme Rechte hat im Grunde genommen nur auf solch eine Eskalation gewartet. Grundsätzlich ist auffällig, wie abwesend viele essenzielle Fragen – Fragen um die Rolle der Siedlungs- politik und um existierende Apartheid, sprich systematische Rassendiskriminierung von Palästinensern – in der deutschen Diskussion sind. In Diskussionen um dieses Thema in Deutschland klingt es oftmals so, als habe die Logik der Gewalt am 7. Oktober begonnen – nicht 2009, nicht 1967, nicht 1948. Ich würde mir wünschen, dass diese Kontexte wahrgenommen werden – keineswegs als Rechtfertigung der Gewalt vom 7. Oktober, sondern als ernsthafter Versuch zu verstehen, was eigentlich passiert.

Bevor wir auf die internationale und deutsche Situation zu sprechen kommen, sollten wir nach Gaza schauen. Riad, du stehst weiterhin in Kontakt zu den medico- Partnerorganisationen vor Ort. Was bedeuten die umfassenden Zerstörungen für die Menschen?

RO: Die Lage in Gaza ist so verzweifelt wie nie. Schon in früheren Kriegen wurden Tausende Menschen verletzt, verkrüppelt und getötet. Diesmal aber sind fast alle Bewohner:innen zu Binnenvertriebenen geworden. Es gibt keinen sicheren Ort im Gazastreifen. Wir waren auch noch nie in der Situation, jeden Tag aufs Neue nicht zu wissen, ob unsere Partnerinnen und Partner noch am Leben sind. Die aktuelle Situation unterscheidet sich von früheren Auseinandersetzungen auch durch die eklatante humanitäre Not. In früheren Kriegen hat Israel die Lieferung von Hilfsgütern aus dem Westjordanland, aus Jordanien oder aus Israel selbst zugelassen. Im Moment sind nur Hilfslieferungen aus Ägypten erlaubt und selbst diese werden so streng reglementiert, dass laut Welternährungsprogramm neun von zehn Binnenvertriebenen in Gaza akut unter Hunger leiden. Den Menschen stehen im Schnitt weniger als zwei Liter Trinkwasser täglich zur Verfügung und das Gesundheitswesen ist vollständig zusammengebrochen – bzw. gezielt zerstört worden.

Südafrika hat vor dem Internationalen Gerichtshof IGH eine Klage gegen Israel eingereicht wegen Genozid, also Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung in Gaza. Ein Genozid ist definiert als „Absicht, eine nationale, ethnische, rassistische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“. Wie sieht ihr das?

MA: Die Klage hat die internationale Aufmerksamkeit darauf gelenkt, was konkret im Gazastreifen passiert. Sowohl die Klageschrift als auch die Anhörungen haben das eindrücklich dargelegt. Und sie haben gezeigt, dass es sehr viele Aussagen von israelischen Verantwortlichen gibt, in denen die Absicht formuliert wird, die Bevölkerung Gazas auszudünnen, zu vertreiben, zu dezimieren. Ob der IGH daraus die Schlussfolgerung ziehen wird, dass es sich um Völkermord handelt, werden wir erst nach Abschluss eines Verfahrens wissen. Das wird einige Jahre dauern. Die Klage ist aber auch deshalb wichtig, weil der IGH kurzfristig anordnen kann, humanitären Zugang zu gewährleisten, die Zivilbevölkerung zu schützen, Völkermord zu verhindern, Hetze einzustellen und Beweise zu sichern, um Straftäter später zur Verantwortung ziehen zu können.

Ist denn davon auszugehen, dass Israel auf solche Anordnungen reagieren wird?

MA: Auf jeden Fall. Die israelische Regierung hat ja auch mit dem Gericht kooperiert und ihren Standpunkt bei der Anhörung sehr klar vertreten. Man darf nicht übersehen, dass Israel die Völkermordkonvention, eine direkte Folge der Shoah, unterzeichnet hat, ihr eine herausgehobene Bedeutung beimisst und in diesem Zusammenhang auch die Rolle des IGH anerkennt. Hinzu kommt, dass der internationale Druck auf Israel hoch wäre, Anordnungen des IGH Folge zu leisten, weil alle anderen Unterzeichnerstaaten auch der Verpflichtung unterliegen, Völkermord zu verhindern – sie sind also angehalten, solche Maßnahmen zu unterstützen.

Die Bundesregierung tritt in dem Verfahren an der Seite Israels auf. Als Drittpartei in Form der Nebenintervention hat sie bereits klar Stellung bezogen. Die Vorwürfe entbehren jeder Grundlage, heißt es. Missachtet die Bundesregierung die internationale Justiz, indem sie dem Verfahren damit voreilt?

RO: Im ersten Schritt muss der IGH entscheiden, ob ein ordentliches Verfahren wegen des Verdachts der Verletzung der Genozid-Konvention durch den Staat Israel eröffnet wird. Darauf bezieht sich die Erklärung der Bundesregierung. Ich werte sie als klares politisches Signal sowohl an Südafrika als auch an den IGH: „Wenn ihr das Verfahren gegen Israel eröffnet, dann werdet ihr aus Deutschland starken Gegenwind bekommen.“ Das wiederum steht in der Kontinuität früherer Stellungnahmen der Bundesregierung, etwa zu den Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs.

HH: Das deutsche Statement gibt eine klare Richtung vor, die die in der Klage aufgeführten Belege einfach vom Tisch wischt. Das wirft eine zentrale Frage auf: Was heißt eigentlich historische Verantwortung in Deutschland im Jahr 2024? Was heißt Erinnern in Deutschland an den Holocaust? Wie gehen wir als Täternation mit unserer Verantwortung um? Wer darf Erinnerung interpretieren – und wie? Ich finde, dass wir uns diese Art Fragen stellen müssen. Und ich sehe, dass die Beantwortung eben sehr oft in die Richtung geht, dass man sich so offen und stark wie möglich solidarisch mit Israel zeigen müsse, übrigens ungeachtet dessen, wer dort in der Regierung sitzt und was diese Regierung tut.

Die Fragen stellte Steen Thorsson.

Das Gespräch ist eine stark gekürzte Version der Folge „No way out?“ des medico-Podcasts *Global Trouble* aus dem Januar 2024. Mehr unter www.medico.de/podcast

Auch 2023 unterstützte medico nirgendwo mehr Kooperationen als in Palästina/Israel. Die Arbeit der dortigen Partner:innen wurde bis Jahresende insgesamt mit 1.208.918,47 € gefördert.



Muriel Asseburg ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Stiftung Wissenschaft und Politik und forscht u.a. zum Nahostkonflikt, Israel und Palästina.



Hanno Hauenstein ist freier Journalist (u.a. The Guardian, Frankfurter Rundschau, Haaretz) und hat längere Zeit in Israel gelebt.



Riad Othman ist seit 2016 Nahostreferent bei medico international und hat auch das medico-Büro für Palästina und Israel vor Ort geleitet.



Die Gesundheitsorganisation PMRS hilft Menschen in Gaza – unter ihnen Tausende Kinder – mit medizinischer Nothilfe, aber auch mit psychologischer Betreuung.

MEDICO-KOOPERATIONEN IM AUSNAHMEZUSTAND

Die Physicians for Human Rights (PMRS) – Israel haben nach dem 7. Oktober Überlebende der Angriffe der Hamas medizinisch versorgt. Gleichzeitig setzen sie sich mit anderen Partnerorganisationen wie PCATI und HaMoked für die Rechte palästinensischer Gefangener in Israel ein. Gemeinsam mit Adalah kämpfen beide gerichtlich für den humanitären Zugang nach Gaza. Dort kümmert sich die Palestinian Medical Relief Society um die Gesundheitsversorgung Vertriebener und evakuiert Verletzte. Humanitäre Hilfe leisten die Jugendorganisation Mayasem Association for Culture & Arts in Rafah und die Culture & Free Thought Association aus Khan Younis (> S. 24), während die Union of Agricultural Work Committees unter großen Gefahren Lebensmittelpakete zu notleidenden Familien bringt. Im Westjordanland helfen die Kulturzentren Popular Art Center und Jadayel Gestrandeten aus Gaza, Arbeit in landwirtschaftlichen Kooperativen zu finden, und unterstützen u. a. jene Arbeiter:innen, denen die israelische Arbeitsgenehmigung entzogen wurde.

www.medico.de/nothilfe-gaza

Zentralamerika

Jenseits der Demokratie



Das Militär hat die Kontrolle über viele Stadtviertel und Gemeinden in El Salvador übernommen.

Weltweit ist der Autoritarismus auf dem Vormarsch, auch in Zentralamerika. Neben Nicaragua droht El Salvador zur Diktatur zu werden und wird der Rechtsstaat in Guatemala ausgehebelt. Doch einen Hoffnungsschimmer gibt es.

Ändern sich die politischen Verhältnisse in einem Land, wirkt sich das auf das Engagement von medico aus. Unübersehbar ist das im Fall Nicaraguas. Über Jahrzehnte hat medico im Land der sandinistischen Revolution den Aufbau des Gesundheitswesens, solidarische Gemeindearbeit, kooperative Landwirtschaft, die Stärkung von Frauen und Jugendlichen sowie Umweltschutzprojekte gefördert. Doch je autoritärer das Ortega-Regime in Managua wurde, umso mehr verschob sich der Fokus vom Aufbau zur Verteidigung: der Verteidigung von Land- und Umweltrechten gegen Mammutprojekte der Regierung; von Bürgerechten gegen Unterdrückung; schließlich zur Hilfe für Opfer staatlicher Gewalt.

Nicaragua: Verfolgung jedweder Opposition

In Managua versucht die Regierung gar nicht mehr, sich ein demokratisches Antlitz zu geben. Seit der Niederschlagung der breiten Protestbewegung 2018 mit über 320 Toten hat die Verfolgung jeglicher Opposition immer weiter zugenommen. Es trifft Politiker:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen, Journalist:innen, Bäuer:innen, Studierende und praktisch jede Form der Dissidenz zum Regime. Über 3.500 zivilgesellschaftliche Organisationen sind geschlossen bzw. verboten worden, darunter alle medico-Partnerorganisationen. So kommt es, dass das einstige „Schwerpunktland“ von medico in der Übersicht der 2023 geförderten Projekte (siehe S. 40) praktisch verschwunden ist. Langjährige Partner:innen können ihre Arbeit nicht mehr, nur noch klandestin oder im Exil fortsetzen. Viele mussten das Land verlassen und ihre Arbeit im Ausland fortsetzen.

die meisten in Costa Rica. Mehr als die vage Hoffnung auf ein Ende des Regimes bleibt ihnen allerdings nicht, zumal die Opposition im Exil tief zersplittert ist. In Nicaragua sitzt das Regime fest im Sattel. Es kontrolliert den Obersten Gerichtshof, das Parlament und praktisch alle staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen. Die Ortega-Familie hat ihre Alleinherrschaft, unterfüttert mit einem durch und durch konservativen Diskurs über Familie und Nation, durchgesetzt.

**El Salvador:
Verfassungswidrige
Wiederwahl**

Die nicaraguanische Diktatur dient anderen Staaten, trotz unterschiedlicher Ausgangslage, als Vorbild. So führt in El Salvador Präsident Nayib Bukele das Land immer tiefer in den Autoritarismus. Im propagierten „Kampf des Staates gegen kriminelle Banden“ sind über 60.000 Menschen festgenommen worden, darunter ungezählte Unschuldige. Berichte über Folter und Missbrauch häufen sich. Südöstlich der Hauptstadt San Salvador hat Bukele das „größte Gefängnis Lateinamerikas“ bauen lassen. 40.000 Gangmitglieder sollen hier inhaftiert werden. Weltweit ging ein Video durch die Medien, das Hunderte kahrlasierte und tätowierte Männer in weißen Boxershorts zeigt, die in gebeugter Haltung durch Spaliere verummpter Polizisten rennen. Die Journalistin Celia Medrano spricht von einem „punitiven Populismus“, der nicht den Wunsch nach Gerechtigkeit wecke, sondern den Wunsch nach Rache schüre.

Obwohl die Verfassung eine Wiederwahl ausschließt – wofür es gute Gründe in der an Putschen und Diktatoren reichen Geschichte des Landes gibt –, hat Bukele sich Anfang Februar erneut zum Präsidenten wählen lassen. Zur Absicherung seiner Macht hat er den Ausnahmezustand inzwischen so oft verlängert, dass er zur Regel geworden ist. Die Gewaltenteilung ist weitgehend aufgehoben. Vieles deutet darauf hin, dass in El Salvador gerade die nächste Diktatur entsteht. Nationale und internationale Stimmen qualifizierten das Geschehen bereits als „auto-golpe“, als Selbst-Putsch des Präsidenten. Kritik an seinem ultraautoritären Kurs wird immer gefährlicher. Besonders im Fokus des Präsidenten und seiner fanatischen Anhänger:innen stehen die Journalist:innen des investigativen Nachrichtenportals „El Faro“. Sie werden bewusst zur Zielscheibe eines Hasses gemacht, der in El Salvador schnell auch in reale Gewalt umschlagen kann.

**Guatemala:
Demokratie als
Fassade?**

Auch das formal demokratische Guatemala war in den vergangenen Jahren von einem rechten Rollback geprägt. Auch hier sind soziale Aktivist:innen, Richter:innen und Journalist:innen kriminalisiert, inhaftiert und aus dem Land gedrängt worden. Der „Pakt der Korrupten“, wie die herrschenden Eliten in Politik, Wirtschaft und Behörden genannt werden, schien wieder alles im Griff zu haben. Doch dann geschah, was kaum jemand vorhergesehen hatte, und zeigt, dass die Demokratie noch am Leben ist: Im August 2023 gewann der Sozialdemokrat Bernardo Arévalo, Sohn des ersten demokratisch gewählten Präsidenten des Landes, die Wahlen. Ob seine Regierung den Autoritarismus zurückdrehen kann, ist auch fünf Monate nach seiner Vereidigung im Januar 2024 ungewiss. Im indigen geprägten Hinterland geben ohnehin die Palmöl-Produzenten, Minen-Unternehmen und Großgrundbesitzer den Ton an. Die dortigen Gemeinden müssen ihr Land gegen die Expansion der Agro-Industrie und den Bergbau verteidigen. „Guatemala ist seit mehr als 500 Jahren eine Diktatur kolonialen Ursprungs, die bis heute auf der Sklaverei und Enteignung indigener Territorien beruht“, sagt die Aktivistin Lucía Ixchíu von der medico-Partnerorganisation Festivales Solidarios, die mit kulturellen Interventionen und politischer Begleitung die Selbstorganisierung indigener Gemeinden fördert.

Ebendiesen ist es zu verdanken, dass Arévalo sein Amt überhaupt antreten konnte. Die korrupte Elite des Landes hat nicht nur ein Verbot seiner Partei „Movimiento Semilla“ (Samenkorn) vorangetrieben. Sie hat auch sonst alle Hebel in Bewegung gesetzt, um seine Regierungsübernahme zu verhindern. Doch die Bevölkerung wehrte sich. Dabei waren es vor allem indigene Autoritäten, die im ganzen Land zum Protest aufriefen. Über drei Monate legten Straßenblockaden die Wirtschaft lahm, Hunderte Menschen aus indigenen Gemeinden besetzten Plätze in der Hauptstadt. Für ihre Verteidigung der Demokratie haben sie viel Anerkennung erfahren, womöglich mehr als jemals zuvor in einer langen Geschichte kolonialer Unterdrückung. Die indigene Präsenz in Guatemala-Stadt hat deutlich gemacht, dass die Mehrheit des Landes nicht nur arm und marginalisiert ist: Eindrücklich hat sie sich als politische Kraft behauptet. Inmitten eines autoritären Strudels ist das immerhin ein Funke Hoffnung.

Moritz Krawinkel

Entwicklungen im Sahel

Teufel und Beelzebub

In der Sahelregion wurden in den vergangenen Jahren sechs vom Westen gestützte Regime gestürzt. Es geht um Unabhängigkeit. Aber auch um Demokratie? In jedem Fall markiert die Hinwendung zu China und Russland die Krise der westlichen Hegemonie.

Im April 2024 meldete der nigrische Fernsehsender RTN, dass Russland ein Flugabwehrsystem sowie 100 sogenannte Militärausbilder in den Niger geschickt hat. In den Monaten zuvor waren russische Ausbilder in Burkina Faso gelandet. Zugleich verlautbarten die USA, dass sie sich mit der neuen Regierung des Nigers auf einen Abzug ihrer Truppen geeinigt haben. Diese Entwicklungen sind vorläufiger Höhepunkt der Krise westlicher Hegemonie in der Region, die spätestens mit dem Abzug französischer und deutscher Soldat:innen aus Mali in den vergangenen Jahren begann. Seit 2020 kam es im lange von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich dominierten Westafrika zu insgesamt sechs Staatsstreichen durch lokale Militärs: je zweimal in Mali und Burkina Faso, einmal in Guinea und im Sommer 2023 in Niger. In Nigers Hauptstadt Niamey feierten Menschenmengen den Putsch mit antiwestlichen Parolen und russischen Fahnen. Die französische Monatszeitung *Le Monde diplomatique* sprach vom „Aufstand der Autonomisten“ bzw. von „Neo-Souveränen“ im Sahel als Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins. Dieses zeigt sich auf verschiedene Weise: Schon 2020 war der Afrika-Franc in der Region abgeschafft worden. Und im November 2023 hatte die Putschregierung im Niger das in der Bevölkerung verhasste Migrationsabkommen mit der EU aufgekündigt.

Ende der Frontstaat-Politik

Für die EU ist das ein herber Schlag. Über Jahre hatte sie Niger zum „Frontstaat“ im Kampf gegen das aufgebaut, was sie als „irreguläre Migration“ verunglimpft. Zwischen 2015 und 2020 flossen mehr als eine Milliarde Euro für die „Entwicklungszusammenarbeit“. Im Gegenzug wurde das nigrische Militär zum Erfüllungsgehilfen der europäischen Abschottungspolitik ausgerüstet und ausgebildet – mit tödlichen Folgen für Migrant:innen. Die Kriminalisierung führte dazu, dass Fahrer auf dem Weg nach Norden sichere Pisten verlassen mussten, Menschen auf dem Weg durch die Wüste verdursteten oder interniert wurden, wie die medico-Partnerorganisationen Border Forensics und Alarmphone Sahara berichten.

Doch wie kam es zu den vielen Putschen im Sahel? Noch 2022 hatte der gestürzte Präsident des Niger, Mohamed Bazoum, vor den UN daran erinnert, dass der Sturz Ghaddafis durch eine westliche Allianz und der anschließende Krieg in Libyen die Region destabilisiert und den Aufstieg bewaffneter Gruppen ermöglicht habe. Ein loses Netzwerk von Gruppierungen subsaharischer Da’esh/ISIS-Ableger, das inzwischen unter dem Namen „Islamic State – Sahel Province“ (ISSP) operiert, geriert sich in seinen Einflusszonen in Mali, Burkina Faso und Niger als Ordnungsmacht, unter anderem mit dem Aufbau von Sharia-Gerichten. Außerhalb der direkt kontrollierten Gebiete wurde die ohnehin schwache staatliche Ordnung durch die Kämpfe zwischen den Zentralregierungen und ihren westlichen Verbündeten mit dem ISSP zerrieben.

Zugleich war Niger unter Präsident Bazoum alles andere als ein demokratischer Staat. Korruption und Repression gegen die Opposition waren an der Tagesordnung. Die Freude der Bevölkerung über den Putsch ist insofern weniger als Hinwendung zu Russland zu verstehen, sondern Ausdruck der Ablehnung von Präsident Bazoum und seiner westlichen Verbündeten. Die Versprechen universeller Menschenrechte und politischer Gleichberechtigung blieben trotz der formalen Dekolonialisierung leer. Die Ausbeutung der Länder durch westliche Konzerne im Verbund mit den lokalen Eliten ging jedenfalls weiter. Niger ist zwar viertgrößter Uranproduzent der Welt und Frankreich bezieht 70 Prozent des Brennstoffs für seine Atomkraftwerke von dort. Gleichzeitig leben 85 Prozent der Bevölkerung ohne Strom, das Land belegt im United Nations Development Index Platz 189 von 191.

Olaf Bernau vom zivilgesellschaftlichen Netzwerk Afrique-Europe-Interact sieht die Putsche deshalb auch in einem engen Zusammenhang mit demokratischen Aufbruchsbewegungen in der Region – ein Prozess, der allerdings nicht frei ist von Widersprüchen und gegenläufigen politischen Tendenzen. So betont der senegalesische Politikwissenschaftler Gilles Yabi das autoritäre Moment



Breite Unterstützung für den Putsch gegen die Regierung und gegen die französische Präsenz in der Region. Hier in Burkina Fasos Hauptstadt Ouagadougou.

der Machtübernahme durch die Militärs. Die gesellschaftliche Mobilisierung habe letztlich eine dreißigjährige Phase der Demokratisierung in der Region nach dem Ende des Kalten Krieges beendet. Moussa Tchangari, Generalsekretär der Journalist:innenvereinigung und Menschenrechtsorganisation Alternative Espaces Citoyens (AEC) und langjähriger Partner von medico, spricht angesichts der jüngsten Entwicklungen von einer tiefgreifenden Krise, die die „territoriale Integrität der Länder“ bedrohe. Millionen von Binnenvertriebenen, Anschläge in den Hauptstädten sowie Interventionen durch die UN und von Frankreich, Deutschland und den USA hätten eine explosive Situation geschaffen und damit die Putsche befördert.

Antikoloniales Image

Doch sind die Putschisten in der Lage, den Wunsch der Bevölkerungen nach echter Unabhängigkeit, einem Ende der Gewalt und wirtschaftlicher Entwicklung zu verwirklichen? Eben das hat der neue Regierungschef von Burkina Faso, Ibrahim Traoré, in Aussicht gestellt. Der erst 35-Jährige trägt bei öffentlichen Auftritten ein rotes Béret und lehnt sich damit bewusst an Thomas Sankara an, den marxistisch-panafrikanisch orientierten ehemaligen Präsidenten Burkina Fasos. Bislang hat Traoré seine Versprechen nicht einlösen können. Die Gewalt im Land hält an, die wirtschaftliche Entwicklung stagniert. Um das zu ändern, müssten die Putschisten den Rohstoffreichtum der Region für sich dienstbar machen. Doch die neue Nähe der Sahelstaaten zu China und Russland, zwei nicht minder autoritäre Mächte, wirft die Frage auf, ob nicht der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben wurde. Denn auch diese Mächte verlangen Gegenleistungen. Wer dabei am längeren Hebel sitzt, ist klar. So hat Mali groß-

zügig Bergbaukonzessionen an China und die russische Wagner-Gruppe, die – in Anlehnung an deutsche Wehrmachtstruppen – jetzt Afrikakorps heißt, vergeben. Moussa Tchangari weist jedoch darauf hin, dass private Gruppen wie Wagner im Gegensatz zu westlichen Interventionstruppen den Weisungen der lokalen Regierungen unterworfen sind. „Söldner bezahlt man zumindest selbst.“

Heute, ein knappes Jahr nach dem letzten Putsch im Sahel und etwas mehr als zwei Jahre nach Ausrufung der sogenannten „Zeitenwende“ im Kontext des Ukraine-Krieges ist die lange unangefochtene Hegemonie westlicher Staaten im Sahel Geschichte. Doch Grund zum Jubeln gibt es nicht. Im Gegenteil: Von echter Unabhängigkeit ist die Region noch immer weit entfernt und das wirtschaftliche Auskommen der Menschen bleibt mehr als unsicher. Die Gefahr durch den ISSP ist längst nicht gebannt, der Einfluss Russlands und Chinas wächst stetig. Mit ihnen im Rücken bergen die autoritären Erneuerungsprojekte im Gewand nationaler Souveränität auch für die medico-Partner:innen im Sahel die Gefahr einer größeren Einschränkung ihrer Handlungsmöglichkeiten zur Verteidigung der Bürger:innen- und Menschenrechte.

Imad Mustafa

Von Menschenrechten über nachhaltige Entwicklung bis zur Verteidigung des Rechts auf Freizügigkeit – medico hat die Arbeit von Partnerorganisationen in Westafrika im Berichtsjahr mit 251.525,14 € unterstützt.

Diskurs & Räume

Nachgefragt

Perspektiven von medico sind verbreitet wie nie zuvor

Mit dem globalen Krisengeschehen wächst das Bedürfnis nach politischer Orientierung. Wie gefragt Hintergrund und Haltung sind, zeigt das gewaltige Interesse an unserer kritischen Auseinandersetzung mit den Weltverhältnissen: Fast alle medico-Kanäle wurden 2023 so stark genutzt wie nie zuvor. In nackten Zahlen: Die Abos des rundschreibens sind um 16 Prozent auf über 40.000 gestiegen. Veröffentlicht wurden neben Broschüren, Stellungnahmen und Gutachten 75 Blogbeiträge, sieben neue Folgen des Podcasts Global Trouble, 13 digitale Newsletter sowie zwei internationale Ausgaben auf Englisch, Spanisch und Französisch. Auf Twitter/X und Instagram folgen uns inzwischen 17.000 bzw. 18.000 Menschen, auf die Website wurde rund eine halbe Million Mal zugegriffen. Zudem fanden 53 medico-Veranstaltungen statt, meist in Frankfurt und Berlin, aber auch in Tübingen, Nürnberg oder München. Und rund 80 Mal waren medico-Kolleg:innen in der Presse präsent, von FR und taz über Deutschlandfunk bis Hessen- und Tageschau. Eine gute Bilanz in bitteren Zeiten.

Wir bleiben offen

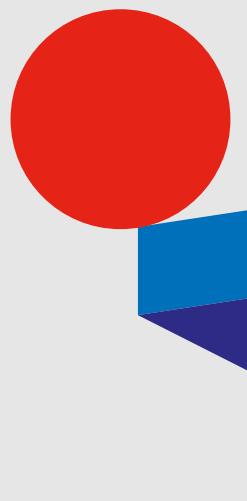
medicos Auseinandersetzung mit der Abschottungspolitik Europas

„Solidarität ist keine Sonntagsrede.“ So war ein Statement überschrieben, das medico gemeinsam mit anderen Initiativen und Organisationen im November 2023 veröffentlichte. Es wendet sich gegen den autoritären Rechtsruck und interveniert in den hiesigen Diskurs über „durch Migration überforderte Kommunen“. Die öffentliche Positionierung ist Teil der medico-Auseinandersetzung mit der wachsenden Entrechtung und Kriminalisierung von Flucht und Migration, mitten in Europa und an seinen immer tiefer gestaffelten Grenzsystemen. So hat medico von Expert:innen ein Gutachten erstellen lassen, das die Situation von im Auftrag der EU in der Türkei festgehaltenen Geflüchteten untersucht. Fazit: Die Türkei ist vieles, aber gewiss kein sicherer, die Rechte der Menschen achtender Drittstaat. Der Flyer „Europas Ende“, die Veranstaltungsreihe „Europas Grenzen – Von der Normalisierung des Ausnahmezustands“ in München oder die Podcast-Folge zu den Auswirkungen der EU-Abschottungspolitik in der Sahelregion – mit all dem hat sich medico auch 2023 für die Verteidigung einer solidarischen Gesellschaft und gegen die Aushebelung universeller Rechte eingesetzt. Im Positionspapier heißt es: „Die Angriffe auf Rechte und Leben von Menschen auf der Flucht sind auch ein Angriff auf ein Europa, welches aus den Trümmern des letzten rassistischen und antisemitischen Wahns gelernt zu haben vorgibt.“

www.medico.de/europas-ende



Kerem Schamberger, medico-Referent für Flucht und Migration, beim Internationalen Menschenrechtsfilmfestival in Nürnberg



Es droht zu kippen

Interventionen gegen den globalen Aufstieg des Autoritarismus

Im Jahr 2023 jährte sich der Putsch in Chile zum 50. Mal. Mit dem Sturz der Allende-Regierung begann nicht nur die langjährige autoritäre Herrschaft Pinochets. Ausgehend vom chilenischen Experiment eroberte auch die Doktrin des Neoliberalismus die Welt. Global wurden Märkte entfesselt, Lebensverhältnisse prekarisiert und Gesellschaften entsolidarisiert. Hieran ist zu erinnern, will man die autoritären Revolten dieser Tage verstehen. Von Milei über Trump bis AfD – in demokratischen Gesellschaften, die neoliberal umgepflegt worden sind, gewinnt eine Politik der harten Hand und des Ressentiments Zuspruch. Der globale Autoritarismus baut auf Gehorsam und herrscht, indem er spaltet und Grundrechte abbaut. Wie sehr sich diese Entwicklungen unmittelbar auf medico und die Arbeit vieler Partner:innen auswirken, wurde nicht nur bei der Global Assembly im Mai 2023 deutlich (siehe Seite 26). Sie prägte auch den transnationalen psychosozialen Workshop, den medico im Herbst mit Partner:innen aus Afghanistan, Guatemala, Nicaragua, Mexiko, Nordsyrien, dem Libanon und Südafrika in Berlin durchführte. Alle Aktivist:innen berichteten davon, wie ihr Einsatz für die Menschenrechte unter Druck gesetzt, mal erschwert, mal verfolgt wird. Öffentlich intervenierte medico gegen den autoritären Zeitgeist mit der Veranstaltungsreihe „Am Kippunkt“. Bei der Premiere im Oktober ging es darum, wie der Autoritarismus, auch jener der Mitte, mit Neoliberalismus, Migrationspolitik und Klimakatastrophe zusammenhängen. Die Reihe ist 2024 fortgesetzt worden.

In eigener Sache

Interne Veränderungen, Generationswechsel und ein Abschied für immer

Die Welt verändert sich, wir verändern uns. Da medico mit den globalen Krisen in den vergangenen Jahren spürbar gewachsen ist, wurde 2023 die organisatorische Struktur angepasst. In allen Abteilungen sind die Leitungsaufgaben auf mehr Schultern verteilt worden. Gleichzeitig schreitet der Generationenwechsel weiter voran. 2023 sind zwei Persönlichkeiten in den Ruhestand gegangen, die über zwei Jahrzehnte lang mit ihren Themen, Perspektiven und Texten medico entscheidend geprägt haben: Thomas Rudhof-Seibert als Referent für – und Philosoph der – Menschenrechte, Katja Maurer als Leiterin der Öffentlichkeitsabteilung und Chefredakteurin des medico-rundschreibens. Herzlichen Dank! Einen ganz anderen, unerwarteten und umso erschütternderen Abschied mussten wir im August nehmen: In Mexiko-Stadt verstarb Dieter Müller. Er war über 30 Jahre lang in der Projektarbeit von medico tätig gewesen, vom Mittelamerika-Referent über die Leitung der Abteilung bis zur Verantwortung für verschiedene Außenbüros. Adiós, Dieter.

Foto: medico



Dieter Müller, 1959-2023

Gaza

Verstummte Helferin



Eigentlich nie um ein Wort verlegen: die charismatische Ko-Leiterin der medico-Partnerorganisation Culture and Free Thought Association [CFTA] Majeda Al-Saqlqa.

Zusätzlich zur Unterstützung des CFTA-Projekts zur Früherkennung von Brustkrebs hat medico nach Beginn des Gaza-Krieges kurzfristig die Nothilfe dieser Partnerorganisation für intern vertriebene Familien in Gaza mit 80.000 € gefördert.

Über viele Jahre hat sich Majeda Al-Saqlqa in Gaza um Gesundheits- und Bildungsangebote für Frauen, Kinder und Jugendliche gekümmert. Im laufenden Krieg versucht sie, Hilfe für Binnenvertriebene zu organisieren – und zu überleben.

Während der israelischen Militäroperation „Gegossenes Blei“ zum Jahreswechsel 2008/2009 beschrieb Majeda Al-Saqlqa in einem Tagebuch für DIE ZEIT, wie sie den rund drei Wochen dauernden Krieg in Gaza erlebte. Sie schrieb Sätze wie: „Hunde fressen die Leichen von Menschen, die Tage zuvor umgekommen sind.“ Damals, dann 2012, dann 2014 und bei jedem der über die Jahre folgenden Angriffe auf Gaza blieb Majeda zu Hause in Khan Younis wohnen, mit ihrer Familie, mit Freunden und Kolleg:innen. Warum sich auf die Flucht begeben, wenn doch überall Bomben fallen? Dieses Mal ist es anders. Die Luftangriffe und der Einmarsch der israelischen Armee in den Gazastreifen infolge des 7. Oktobers machen ein Ausharren unmöglich. Der Krieg hat Majeda, wie so viele, wie die meisten, zu einer Obdachlosen gemacht. Ihre Nachbar:innen, elf Menschen, wurden bereits in den ersten Kriegswochen getötet.

Eigentlich kümmert sich CFTA in Gesundheitsprojekten, mit psychosozialen Angeboten und in Bildungsprogrammen um Frauen, Kinder und Jugendliche. Mit medico-Unterstützung betrieb die Organisation im Flüchtlingslager Al-Burej jahrelang ein Frauengesundheitszentrum. Nach Kriegsbeginn im Oktober 2023 fanden Hunderte Menschen Zuflucht in den CFTA-Zentren und den Wohnhäusern der Mitarbeiter:innen. Doch die intensivierten Angriffe auf Khan Younis haben auch hier die Situation unhaltbar gemacht. „Unser Hauptzentrum befindet sich neben dem Krankenhaus des Roten Halbmonds. Beide wurden tagelang beschossen, auch mein Haus“, berichtet Majeda. „In Rafah gab es keinen einzigen Zentimeter Platz. Die Menschen schliefen auf der Straße. Also mussten wir in die Dünen von Al-Mawasi.“ Dort versuchen Majeda und ihre Kolleg:innen seither unter schwierigsten Bedingungen zurechtzukommen, ohne fließendes Wasser, Toiletten oder gar Strom. Es ist nicht viel, was die Kolleg:innen von CFTA den Bedürftigen – vor allem den Frauen, Kindern und Jugendlichen aus ihren Projekten – mit medico-Mitteln an Hilfe zukommen lassen können. Lebensmittel und Medikamente sind knapp. Aber wenig ist mehr als nichts.

Im Jahr 2009 schrieb Majeda: „Je weiter wir in die Stadt kommen, desto größer ist die Zerstörung und desto unerträglicher wird der Geruch. Die Leute reden nicht und blicken nicht auf. Sie laufen durch die Straßen wie Roboter. In einem ganzen Wohngebiet steht kein Haus mehr. Stand hier nicht ein Gebäude, wo nun die Trümmer liegen? Ich bin nicht sicher.“ Wenn der aktuelle Krieg vorüber sein wird, werden sich Hunderttausende Menschen in Gaza die gleiche Frage stellen. Auch wenn die Waffen irgendwann schweigen, wird der Krieg für sie noch lange nicht vorbei sein. Eine Bevölkerung, in der jede:r Zweite jünger als 15 Jahre ist, wird über Jahrzehnte gezeichnet sein. In diesem Krieg gibt es kein Tagebuch von Majeda Al-Saqlqa. Die Trauer und die Wut über die internationale Tatenlosigkeit angesichts des Ausmaßes der Verbrechen haben sie verstummen lassen.

Riad Othman

Israel

Zerriebene Hoffnung



Dass er das Eintreten für die Rechte der Palästinenser:innen in Israel einmal zu seinem Beruf machen würde, hätte Omri Metzer als junger Mann nicht gedacht. Heute ist er Direktor des Human Rights Defenders Fund (HRDF).

Seit Jahrzehnten setzt sich Omri Metzer von der medico-Partnerorganisation Human Rights Defenders Fund dafür ein, dass alle Menschen in Israel und Palästina die gleichen Rechte haben. Nie war die Arbeit so schwierig wie aktuell – und nie so nötig.

Nach dem 7. Oktober hat die Repression in Israel gegen politisch Andersdenkende, insbesondere Palästinenser:innen, ein bisher ungekanntes Ausmaß angenommen. Omri Metzer, Direktor des Human Rights Defenders Fund (HRDF) erklärt: „Seit Beginn des Krieges gibt es eine nahezu vollständige Null-Toleranz-Politik gegenüber allen, die sich gegen die Regierung und die militärische Reaktion auf das kaltblütige Massaker der Hamas am 7. Oktober wenden.“ Viele Palästinenser:innen wurden eingeschüchtert und bedroht oder sitzen unter desaströsen Bedingungen in israelischen Gefängnissen, ohne zu wissen, was genau ihnen vorgeworfen und wie lange die Haft dauern wird. Dagegen geht der HRDF vor.

Einen Monat, nachdem Omri im August 1993 zum Militärdienst angetreten war, unterzeichneten Israel und die Palästinensische Befreiungsorganisation das erste einer Reihe von Abkommen zur Lösung des sogenannten Nahostkonfliktes. „Es war eine Phase der Hoffnung“, erinnert sich Omri. „Wir waren überzeugt, dass der Friedensprozess erfolgreich sein und es bereits 1999 einen palästinensischen Staat geben würde.“ Doch die Verhandlungen scheiterten. Die darauffolgende zweite Intifada erlebte Omri in Jerusalem, wo er heute noch zu Hause ist. Enttäuscht von der institutionalisierten zionistischen Linken sei er zum „field activist“ geworden. Zusammen mit anderen Aktivist:innen verbrachte er viel Zeit im besetzten Westjordanland, wo sie palästinensische Hirten und Bauern durch ihre Anwesenheit vor Übergriffen durch jüdische Siedler zu schützen versuchten.

In dieser Zeit wurde Omri klar, dass er sich für eine Menschenrechtsorganisation engagieren wollte. Er arbeitete zunächst bei HaMoked, einer israelischen Organisation, die kostenlosen Rechtsbeistand für unter der Besetzung lebende Palästinenser:innen leistet und seit 2021 von medico unterstützt wird. Als die israelische Polizei 2009 begann, palästinensische Familien gewaltsam aus ihren Häusern in Ostjerusalem zu vertreiben, kam es zu wöchentlichen Demonstrationen, an denen Jüdinnen, Juden und Palästinenser:innen gemeinsam teilnahmen. Viele wurden verhaftet, auch Omri. In dieser Situation gründete sich der HRDF und unterstützte mit Rechtsbeistand. 2020 wurde Omri Direktor der Organisation. Als solcher nahm er im September 2023 den Aachener Friedenspreis für die Menschenrechtsarbeit von HRDF entgegen. Fünf Wochen später kam der 7. Oktober. Seither ist vieles gekippt. Sich für Frieden und Grundrechte einzusetzen, gilt der israelischen Mehrheitsgesellschaft als Verrat und wird von der Regierung verfolgt. Die Hoffnung, die Omri vor 30 Jahren hatte, scheint aufgebraucht. „Ich bin nicht optimistisch“, sagt er. Das wird ihn jedoch nicht davon abhalten, weiterhin für die Durchsetzung der Menschenrechte in Israel einzutreten.

Ramona Lenz

Die Unterstützung der Menschenrechtsarbeit des Human Rights Defenders Fund ist eine von über fast 30 medico-Kooperationen in Palästina und Israel.

Demokratie

Global oder gar nicht

Es gehört zu den Satzungszielen der Stiftung medico international, Debatten für eine gerechtere Welt anzustoßen. 2023 hat sie nicht nur die Veranstaltungsreihe „Der utopische Raum“ fortgesetzt. Mit einer Global Assembly in der Frankfurter Paulskirche hat sie Raum für einen transnationalen Austausch geschaffen.



Aktivist:innen aus 44 Ländern trafen sich im Mai 2023 zur Global Assembly in Frankfurt.

Mit demokratischer Teilhabe geht das Versprechen gerechterer und letztlich besserer Lebensverhältnisse einher. Nun werden die Lebensverhältnisse in einem abgelegenen Dorf in Zentral-Sulawesi, wo begehrte Rohstoffe unter der Erde liegen, auch von unternehmerischen Entscheidungen in Seattle, Berlin oder Peking bestimmt. Solche weltweiten Verflechtungen gilt es zu berücksichtigen, wenn heute demokratische Teilhabe angestrebt wird.

Eine globale Versammlung in Frankfurt

In Frankfurt wurde 2023 das 175. Jubiläum der ersten deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche und damit des Bestrebens, Menschen- und Bürgerrechte gesetzlich zu verankern, gefeiert. Im Vorfeld hatte sich ein zivilgesellschaftliches Netzwerk gebildet, um

anlässlich der offiziellen Jubiläumsfeiern kritische Fragen nach transnationaler Teilhabe und Demokratie zu stellen. Die Stiftung medico international entwickelte gemeinsam mit Brot für die Welt, der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Frankfurter Institut für Sozialforschung und der Frankfurter Rundschau die Initiative für eine globale Versammlung von unten in der Paulskirche: Eingeladen wurden Menschen aus aller Welt, um einen „utopischen Raum“ des Nachdenkens und Debattierens zu eröffnen – über demokratische Wege zu einer in Gegenwart und Zukunft für alle Menschen gleichermaßen bewohnbaren Welt. Die „Global Assembly für Menschenrechte, Demokratie und globale Gerechtigkeit“ fußte auf der Überzeugung, dass dem Erbe des demokratischen Aufbruchs von 1848 nur gerecht wird, wer die nationale Perspektive ins Globale öffnet.

44 Menschenrechtsaktivist:innen, darunter einige medico-Partner:innen, aus 40 verschiedenen Ländern kamen kurz vor den offiziellen Feierlichkeiten Mitte Mai in Frankfurt zusammen. An der Auftaktveranstaltung in der Paulskirche nahmen mehr als 350 Personen teil, darunter der gerade ins Amt eingeführte Frankfurter Oberbürgermeister Mike Josef und die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst Angela Dorn. In der Debatte zeigte sich, wie sehr Demokratie und Menschenrechte angesichts des Erstarkens autoritärer Regime weltweit unter Druck stehen. Auch an den folgenden drei Tagen, in denen die Global Assembly in der Evangelischen Akademie in Frankfurt tagte, ging es um die Zunahme von Einschränkungen der Pressefreiheit, der Unterdrückung sozialer Proteste und willkürliche Haftierungen und Vertreibungen. Die Teilnehmenden teilten leidvolle Erfahrungen, aber auch kraftvolle Erzählungen von lokalen Kämpfen und überlokalen Strategien. Denn die Aktivist:innen setzen sich trotz zunehmender Repression für die Verteidigung, Durchsetzung und Erweiterung von Menschenrechten ein – sei es im Kampf für die Rechte von Frauen und LGBTQIA+, für die Sicherung von Ernährung und Landrechten, für Bewegungsfreiheit und würdige Arbeitsbedingungen, für Meinungs- und Versammlungsfreiheit und die Rechte von sprachlichen, religiösen oder kulturellen Minderheiten. Über all dies wurde in Kleingruppen und im Plenum intensiv diskutiert, durchgängig mit Verdolmetschung in die Sprachen Englisch, Französisch und Spanisch. So unterschiedlich die Perspektiven auch waren: Das Interesse an Austausch und Vernetzung war groß. Umso bedauerlicher ist es, dass die für März 2024 geplante neuerliche Zusammenkunft schweren Herzens abgesagt werden musste. Das deutsche Diskursklima hatte sich infolge des 7. Oktobers und des Gaza-Krieges derart aufgeheizt, dass ein offener Austausch auch kontroverser Perspektiven auf die Lage von Völkerrecht, Demokratie und Menschenrechten nicht geschützt möglich erschien.

Der utopische Raum

Fortgeführt wurden die Debatten aus dem Mai 2023 schon zuvor im Rahmen der Reihe „Der utopische Raum im globalen Frankfurt“. Ab Herbst 2023 lud die Stiftung in Kooperati-

on mit dem Institut für Sozialforschung und der Frankfurter Rundschau zu einer Reihe von Abendveranstaltungen ein. In Vorträgen und Diskussionen ging es um die Frage nach Alternativen zu einer neoliberalen Globalisierung, die mit Autoritarismus und Einschränkung demokratischer Rechte sowie mit Naturzerstörung und unwürdigen Arbeitsbedingungen einhergeht. Die Soziologin Carolin Amlinger, die Politikwissenschaftlerin Brigitte Bargetz und der Rechtswissenschaftler Günter Frankenberg tauschten sich im Historischen Museum über demokratiefeindliche Strömungen aus. Biancka Arruda Miranda von der „Kooperation Brasilien“, Julia Krohmer von der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung und der Philosoph Tilo Wesche diskutierten am selben Ort über Kämpfe und Visionen in Bezug auf die Rechte der Natur. Und die Philosophin Eva von Redecker lotete im IG Metall Forum im Gespäch mit der ehemaligen Geschäftsführerin von Greenpeace, Nina Treu, das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit aus.

Die Chiffre 1848 steht für die organisierte Forderung nach verbrieften Rechten und gerechter Teilhabe, vorgetragen von und für ein bürgerliches, männliches Milieu. Seither haben viele andere Akteur:innen die politische Bühne betreten und eine Ausweitung dessen eingefordert, wer und was ein Recht auf Rechte hat. Im globalen Rahmen steht dieser Prozess weiterhin am Anfang und gleichzeitig drohen demokratische Errungenschaften wieder zunichte gemacht zu werden. Die medico-Stiftung hat 2023 ein Zeichen gesetzt: Im 21. Jahrhundert muss Demokratie global gedacht und verwirklicht werden.

Ramona Lenz

Aufzeichnungen der Reihe „Der utopische Raum“ können unter www.stiftung-medico.de/der-utopischer Raum/mediathek angeschaut werden. Mehr zur Global Assembly 2023 und zur Absage 2024 unter www.globalassembly.de.



Das Frauen*kollektiv Escola Feminista Abya Yala in Brasilien ist eine der 16 von der Stiftung geförderten medico-Kooperationen.

VERMÖGEN SOLIDARISCH ANLEGEN

Es ist zu einem zentralen Anliegen der medico-Stiftung geworden, mit der Anlage des Vermögens Räume der Emanzipation zu ermöglichen und zu fördern. 2017 wurde das von der Stiftung finanzierte medico-Haus im Frankfurter Ostend fertiggestellt. 2020 hat sie zusammen mit der Stiftung trias in Mannheim ein Grundstück erworben und einem sozial-ökologisch-künstlerischen Projekt im Erbbaurecht zur Verfügung gestellt. Und seit 2023 unterstützt sie – wieder mit trias – ein Projekt der Klimagerechtigkeitsbewegung mit einem Darlehen: Im rheinländischen Tagebaugebiet haben sich Bewohner:innen mit Klimaaktivist:innen genossenschaftlich organisiert und gemeinsam Häuser und Grundstücke gekauft. Ziel ist eine Wiederbelebung der Gegend, in der der Energiekonzern RWE über Jahrzehnte hinweg ohne Rücksicht auf Umwelt und Sozialgefüge riesige Flächen für den Braunkohleabbau beansprucht hat. Mit Mieteinnahmen und Zinserträgen aus Erbbau- und Darlehensverträgen fördert die Stiftung medico-Partnerorganisationen im Globalen Süden. 2023 konnten 16 Kooperationen mit insgesamt 500.000 Euro unterstützt werden. Das sind 50.000 Euro mehr als im Vorjahr und mehr als jemals zuvor.

FINANZBERICHT 2023

LAGE UND ENTWICKLUNG

Der Gesamtetat, der medico international e. V. im Berichtszeitraum zur Verfügung stand, betrug 34.855.885,69 € und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr erneut erhöht [+ 16,9 %]. Die Spenden, die medico direkt von seinen Unterstützer:innen erhielt, sind 2023 im Vergleich zum Vorjahr erheblich gewachsen [+ 43,1 %], ebenso die Spenden vom „Bündnis Entwicklung Hilft“ [+ 50,0 %]

ERTRÄGE

Die Summe der Spenden, die medico 2023 erhalten hat, beläuft sich auf insgesamt 17.413.183,54 € (72,7 % der Gesamterträge). Darin enthalten sind die weitergeleiteten Spenden vom „Bündnis Entwicklung Hilft“ (BEH) in Höhe von insgesamt 6.630.754,56 €. Ohne die BEH-Spenden betrug das Spendenaufkommen 10.782.428,98 €. Einen wesentlichen Anteil an dieser Erhöhung des Gesamtspendenvolumens zum Vorjahr um 45,7 % hatte neben den Spenden für die Ukraine die beindruckend hohe Spenderbereitschaft unserer Unterstützer:innen für unsere Not- und Übergangshilfe nach dem verheerenden Erdbeben in der Südosttürkei und in Nordsyrien. Die Anzahl der Fördermitgliedschaften ist um 345 von 5.455 auf 5.800 gestiegen [+ 6,3 %]. Fördermitgliedschaften ermöglichen uns sowohl eine langfristige und stabile Zusammenarbeit mit unseren Partnerorganisationen im Globalen Süden als auch eine inhaltliche Aufklärungsarbeit in Deutschland und Europa.

Die Zuschusseinnahmen reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 9,8 % auf 5.713.830,14 €, der Anteil der Zuschüsse an den Gesamteinnahmen sank damit von 33 % auf 24 %. Für Jahre ohne außergewöhnliche Spendeneinnahmen für akute Nothilfe ist eine gleichmäßige Verteilung der Einnahmearten für die Entscheidungsgremien des Vereins deshalb von Bedeutung, weil sie das Risiko unerwarteter Reduzierungen auf alle Finanzierungssäulen aufteilt.

Die Zuwendungen, die der Verein vonseiten der Stiftung medico international erhalten hat, sind 2023 um 50.000 € auf 500.000 € weiter gestiegen. Zusätzlich verzichtet die Stiftung auf die Mieteinnahmen für die vom Verein seit Oktober 2017 genutzten Räume im medico-Haus im Frankfurter Osten, eine Form der institutionellen Förderung unserer Arbeit durch die Stiftung.

AUFWENDUNGEN

Auch 2023 erhielt medico das Spendensiegel des „Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen“ (DZI). Der Ergebnisrechnung auf den nachfolgenden Seiten liegen die Aufwandskategorien des DZI zugrunde. Grundsätzlich wird darin zwischen Aufwendungen für den satzungsgemäßen Bereich der Arbeit und Ausgaben für Werbung und Verwaltung unterschieden. Zu den satzungsgemäßen Aufwendungen zählen die Projektförderung, die Projektbegleitung und die satzungsgemäße Kampagnen- und Aufklärungsarbeit. Diese Unterscheidung ist sinnvoll, weil nachhaltig wirksame Hilfen ohne sachgerechte Planung und Begleitung nicht möglich sind. Außerdem erreichen Kampagnen wie die zu einer möglichen Klage gegen die Verursacher:innen der Klimaveränderung zwar zuallererst die Öffentlichkeit im eigenen Land – sie kann aber einen ebenso nachhaltigen Effekt für die Verbesserung der Lebensumstände von Menschen im Globalen Süden haben wie direkte Hilfen vor Ort.

Im Jahr 2023 betrug die Summe aller Aufwendungen 21.032.032,68 € [+ 11,2 % zum Vorjahr]. Für den satzungsgemäßen Bereich der Arbeit von medico wurden insgesamt 18.756.364,85 € [89,2 %] verwendet. Im Einzelnen haben wir für die Projektförderung 15.267.175,85 € (72,6 %), für die Projektbegleitung 1.875.719,68 € (8,9 %) und für die Kampagnen- und Aufklärungsarbeit 1.613.469,32 € (7,7 %) aufgewandt. Die Ausgaben für Werbung und Verwaltung lagen mit 2.275.667,83 € bei 10,8 % der Gesamtausgaben. Werbe- und Verwaltungskosten ab 10 % gelten laut DZI als „angemessen“. Zum neuerlichen Anstieg des Aufwandsvolumens hat maßgeblich die Unterstützung unserer Kooperationspartner:innen im Nothilfekontext in der Ukraine und nach dem Erdbeben in der Südosttürkei und in Nordsyrien beigetragen. Aber auch die Personalkosten haben sich um knapp 20 % zum Vorjahr erhöht, was zum einen an der Anpassung des Stellenplans an die gewachsene Aufgabenvielfalt und zum anderen an dem hohen Personalaufwand für die Umsetzung der Nothilfespenden liegt. Ziel medicos in den nächsten Jahren ist es, möglichst keine Erweiterung des Stellenplans vorzunehmen.

PROJEKTE

Im Berichtszeitraum konnte medico insgesamt 169 Projekte finanziell fördern. Fortgesetzt wurden zum

Beispiel Programme für die umfangreiche Versorgung von Opfern des syrischen Bürgerkrieges im Libanon und in Syrien, die Beratung und Versorgung von Geflüchteten bei der Wahrnehmung ihrer Rechte in Afrika sowie an mehreren EU-Außengrenzen, Hilfsmaßnahmen für Menschen sowohl in der Ukraine als auch für die von dort in die Nachbartländer Geflüchteten sowie der Aufbau einer Basisgesundheitsbewegung in Südafrika. Im Berichtsjahr neu hinzugekommen sind unter anderem die Unterstützung unserer Kooperationspartner:innen bei der akuten Hilfe der vom Krieg in Gaza und dem Überfall der Hamas im Süden Israels betroffenen Menschen sowie die umfangreiche Not- und Übergangshilfe in der Südosttürkei und in Nordsyrien nach dem verheerenden Erdbeben im Februar 2023.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND WERBEMASSNAHMEN

Die Öffentlichkeitsarbeit bei medico international ist der Aufklärung über Ursachen von Elend und Ausgrenzung in der Welt verpflichtet. Hilfe verteidigen, kritisieren, überwinden beschreibt den Spagat, den die medico-Öffentlichkeitsarbeit immer wieder aufs Neue bewältigen muss. Es geht darum, die Ursachen für Ausgrenzungen zu analysieren, die Rolle deutscher und europäischer Institutionen und Unternehmen dabei in den Fokus zu nehmen und zugleich die Partner:innen und ihre emanzipatorische Arbeit als Beispiele für die Möglichkeit einer anderen Welt zu fördern. Hierbei nutzt medico verschiedene Kanäle – neben der Printpublikation „rundschreiben“ zunehmend Podcast, Newsletter, Blog, Instagram und andere Social-Media-Kanäle. Reportagen, Interviews, Kommentare und Analysen aus dem globalen Handelsgemeinde der medico-Projekt- und Kampagnenarbeit bieten in öffentlichen Meinungsbildungsprozessen Gegenperspektiven und politische Orientierung.

Zudem wirbt medico mit Spendenbriefen, Anzeigen, Plakaten und Broschüren sowie mit Aufrufen für Anliegen und um Spenden. In der ersten Jahreshälfte 2023 stand die Nothilfe im Erdbebengebiet Türkei/Syrien im Fokus der Spendenwerbung. Der Überfall der Hamas am 7. Oktober und der folgende Gaza-Krieg wurde mit Spendenaufrufen, Interviews, Kommentaren und Beiträgen in der Presse begleitet und stieß auf viel Zuspruch. Diverse Veranstaltungen, etwa die Reihe „Autoritäre Kippunkte“ in Frankfurt oder „Europas Grenzen“ in München stellen unmittelbar Kontakt zu Unterstützer:innen her und haben

eine zentrale, identitätsstiftende Rolle in der medico-Öffentlichkeitsarbeit.

AUSBLICK, CHANCEN UND RISIKEN

Krieg in der Ukraine, Krieg in Gaza: Die Welt, wie wir sie kannten, zerfällt an ihren Rändern, und die ehemalige Ordnungsmacht USA und ihre westlichen Alliierten vermögen immer weniger die Geschicke der Welt zu kontrollieren. Viele erhofften sich durch das Ende der westlichen Hegemonie eine gerechtere Welt. Doch gegenwärtig werden die Entwicklungen immer unberechenbarer und nationale Chauvinismen reüssieren – sei es in Russland und den USA oder in Indien und der Türkei. In dieser neuen Ära der Unsicherheit spielt die Glaubwürdigkeit einer Organisation eine hervorgehobene Rolle. Dass medicos Unterstützer:innen-Kreise großes Vertrauen in die Organisation und ihre Kooperationen in 35 Ländern haben, führt zu einer Zunahme der Spenden und erhöht damit die Interventionsfähigkeit. Gleichzeitig besteht das Risiko, dass die allseitige Unsicherheit zur Überforderung führt und die Hoffnung vieler konterkariert, durch ihr solidarisches Zutun – sei es politischer Aktivismus, sei es eine Spende – etwas zu bewegen.

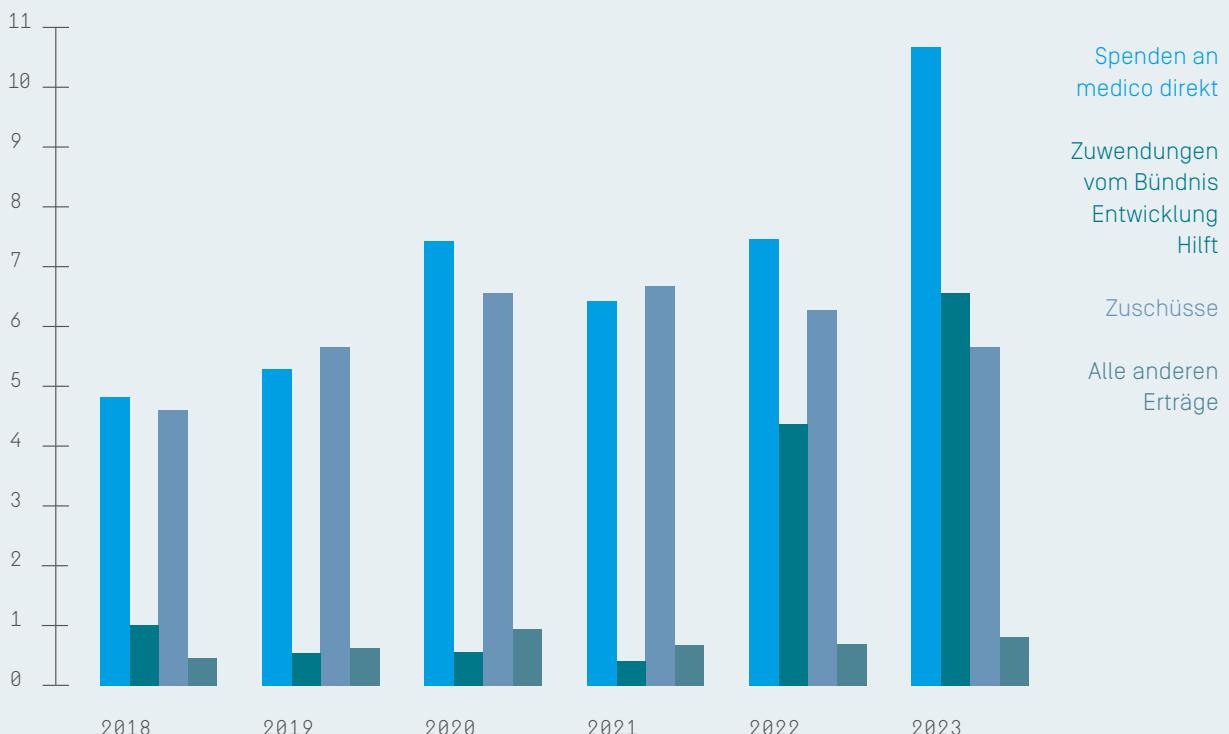
Im Spendenbereich spielen Nothilfespenden eine immer größere Rolle. Deren Volatilität birgt das Risiko, dass medico abhängiger wird vom Verlauf eines unberechenbaren Krisengeschehens. Erforderlich ist daher eine stärkere Konzentration auf die Gewinnung von Unterstützer:innen, die bereit sind, medico langfristig zu unterstützen – etwa in Form von Fördermitgliedschaften. Daneben wächst die Bedeutung von Zustiftungen an die medico-Stiftung, da diese sowohl zur Sicherung der Unabhängigkeit medicos beiträgt als auch hilft, die Arbeit an langfristigen Zielen und in Regionen und zu Themenfeldern, die weniger direkte Spenden generieren, zu verstetigen.

In Zeiten, in denen eine konfliktive Multipolarität zu Nationalismus, zu einem Kriegsregime und einem damit einhergehenden Rüstungswettbewerb führen, ist es besonders wichtig, nach einem emanzipatorischen Dritten zu suchen – sowohl theoretisch-analytisch als auch in der solidarischen Praxis. Hier kommt medico als einer wirklich globalvernetzten, denkenden und handelnden Organisation eine wachsende Rolle zu.

Tsafrir Cohen und Johannes Reinhard

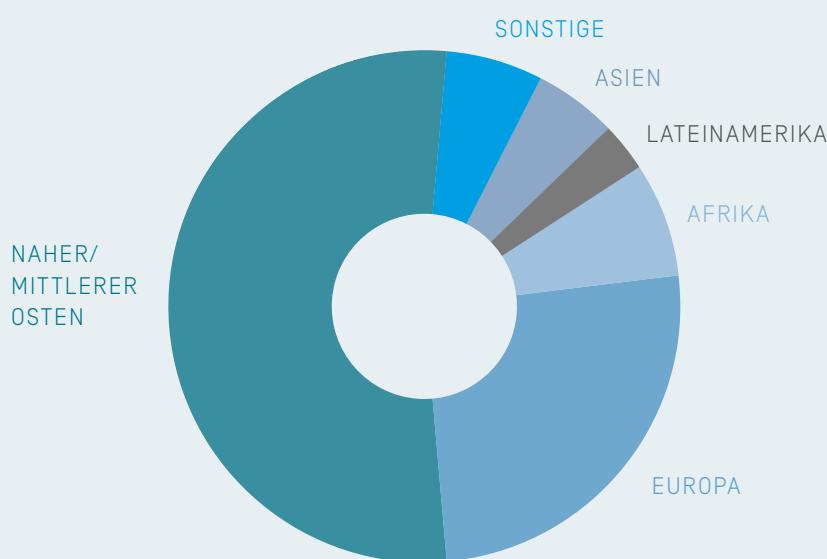
FINANZBERICHT 2023 GESAMTERGEBNIS

ERTRÄGE	2023 Euro	2022 Euro
Geldspenden	10.782.428,98	7.534.019,75
Sachspenden	0,00	0,00
Zuwendungen vom Bündnis Entwicklung Hilft	6.630.754,56	4.419.374,39
Zuschüsse - öffentliche Geldgeber	5.600.830,14	6.329.925,82
Zuschüsse - nicht öffentliche Geldgeber	113.000,00	2.625,00
Zuwendungen der Stiftung medico international	500.000,00	450.000,00
Vermächtnisse	272.018,00	223.251,25
Geldauflagen	16.450,00	5.100,00
Zinsen und ähnliche Erträge	2.426,66	2.711,95
Mitgliedsbeiträge	7.897,78	7.933,12
Sonstige Erträge	28.203,76	3.454,15
EINGÄNGE INSGESAMT	23.954.009,88	18.978.395,43
Rücklagen		
nach § 62 Abs. 1 Nr. 1 der Abgabenordnung [AO]		
Stand: 01. Januar	6.813.019,88	7.122.732,33
für Projekte, die im Vorjahr beschlossen wurden, der Mittelabfluss zum 31.12. jedoch noch nicht oder nur teilweise erfolgen konnte, für zweckgebundene Restmittel sowie zur Sicherung der institutionellen Leistungsfähigkeit des Vereins		
Freie Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 der Abgabenordnung [AO] zum 01. Januar	3.925.000,00	3.569.000,00
Vereinskapital am 01. Januar	163.855,93	153.742,30
HAUSHALT	34.855.885,69	29.823.870,06

ENTWICKLUNG DER EINNAHMEN [IN MIO. EURO]

	2023	2022
AUFWENDUNGEN	Euro	Euro
Projektförderung	15.267.175,85	14.209.946,59
Projektbegleitung	1.875.719,68	1.534.454,27
Satzungsgemäße Kamp.-, Bildungs-, Aufkl. Arbeit	1.613.469,32	1.399.844,82
Werbung und allgemeine Öffentlichkeitsarbeit	786.232,58	672.471,84
Verwaltung	1.489.435,25	1.105.276,73
 AUFWENDUNGEN INSGESAMT	 21.032.032,68	 18.921.994,25
Rücklagen		
nach § 62 Abs. 1 Nr. 1 der Abgabenordnung (AO)		
Stand: 31. Dezember	10.779.270,57	6.813.019,88
für Projekte, die im Vorjahr beschlossen wurden, der Mittelabfluss zum 31.12. jedoch noch nicht oder nur teilweise erfolgen konnte, für zweckgebundene Restmittel sowie zur Sicherung der institutionellen Leistungsfähigkeit des Vereins		
Freie Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 der Abgabenordnung (AO) zum 31. Dezember	2.891.000,00	3.925.000,00
Vereinskapital am 31. Dezember	153.582,44	163.855,93
 HAUSHALT	 34.855.885,69	 29.823.870,06

PROJEKTAUSGABEN NACH REGIONEN



GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2023

	2023	2022
	Euro	Euro
ERTRÄGE		
Spenden	10.782.428,98	7.534.019,75
Zuwendungen vom Bündnis Entwicklung Hilft	6.630.754,56	4.419.374,39
Zuschüsse öffentlicher und privater Institutionen	5.713.830,14	6.332.550,82
Stiftungszuwendungen, Vermächtnisse, Geldauflagen	788.468,00	678.351,25
Zinsen und ähnliche Erträge	2.426,66	2.741,95
Sonstige Erträge	36.101,54	11.357,27
ERTRÄGE GESAMT	23.954.009,88	18.978.395,43
AUFWENDUNGEN		
Transfers in die Projekte		
a) von Geldmitteln	14.825.871,60	13.825.078,58
b) von Sachmitteln	45.835,74	
Personalaufwand		
a) Gehälter	3.394.461,61	2.960.264,65
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen		
für Altersversorgung	821.039,16	566.144,09
Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des		
Anlagevermögens und Sachanlagen	47.069,12	51.313,96
b) und Anlagenabgang	14,00	4,00
Sonstige Aufwendungen	1.897.741,45	1.519.188,97
AUFWENDUNGEN GESAMT	21.032.032,68	18.921.994,25
JAHRESERGEBNIS	2.921.977,20	56.401,18
Zuführung von Vermächtnissen	-272.018,00	-223.251,25
Verwendung von Vermächtnissen	282.291,49	213.137,62
Entnahme/Zuführung zur freien Rücklage	1.034.000,00	-356.000,00
Zuführung zur Betriebsmittelrücklage	0,00	-200.000,00
Abfluss zweckgeb. Spenden aus Vorjahr	7.251.791,43	4.574.896,88
Mittelübertrag aus Restmittel Spenden in Rücklagen	2.151.713,36	908.224,00
Rückfluss zweckgebundener Mittel aus Rücklagen Vorjahr	-50.052,24	-3.759,42
Zuführung zweckgebundener Spenden	-10.870.393,86	-5.185.291,58
Zuführung zu Projektmittelrücklagen	-17.816.519,37	-14.530.377,31
Entnahme aus den Projektmittelrücklagen	15.277.165,85	14.224.946,59
Auflösung von Projektmittelrücklagen	98.827,82	521.727,30
Mehraufwand/Forderungen bei Projektmittelrücklagen	-8.783,68	-654,01
ERGEBNISVORTRAG	0,00	0,00

ERLÄUTERUNGEN ZUR ERGEBNISRECHNUNG

ERTRÄGE

Spenden – Bei den Spenden, die medico 2023 direkt erhalten hat, konnte ein ungewöhnlich hohes Ergebnis (43 % mehr als im Jahr 2022) erzielt werden. Die wesentliche Ursache dafür liegt in der sehr hohen Spendebereitschaft nach dem Erdbeben in der Türkei und Syrien im Februar. Aber auch auf das Massaker der Hamas und den Krieg in Gaza ab Oktober haben

unsere Unterstützer:innen mit zusätzlicher Spendentätigkeit reagiert. Und schließlich haben sich 2023 auch noch mehr Spender:innen als bisher statt oder zusätzlich zu einer zweckgebundenen Unterstützung für ungebundene Spenden oder gar zur Zeichnung einer Fördermitgliedschaft zugunsten medicos entschieden.

ERGEBNISRECHNUNG NACH AUFWANDSKATEGORIEN NACH DZI-KRITERIEN

PROJEKTAUFWENDUNGEN / SATZUNGSGEMÄSSER BEREICH			WERBE- UND VERWALTUNGS-AUFWENDUNGEN		
Projektförderung	Projektbegleitung	Aufklärungsarbeit	Werbung und allg. Öffent- lichkeitsarbeit	Verwaltung	
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
10.782.428,98					
6.630.754,56					
5.483.742,59	230.087,55				
788.468,00					
2.426,66					
12.768,43		15.435,33			7.897,78
23.700.589,22	230.087,55	15.435,33			7.897,78
14.861.717,34		9.990,00			
252.459,58	1.230.696,18	690.936,59	290.301,09	930.068,17	
15.217,83	319.836,56	170.104,82	77.714,50	238.165,45	
2.547,00	19.737,20	10.220,80	3.271,76	11.292,36	
5,00	2,10	2,22	0,93	3,75	
135.229,10	305.447,64	732.214,89	414.944,30	309.905,52	
15.267.175,85	1.875.719,68	1.613.469,32	786.232,58	1.489.435,25	
8.433.413,37	-1.645.632,13	-1.598.033,99	-786.232,58	-1.481.537,47	

Der Anteil der Werbe- und Verwaltungsaufwendungen an den Gesamtaufwendungen beträgt 10,82%.

Zuwendungen vom Bündnis Entwicklung Hilft (BEH) – Hier handelt es sich um Spenden, die 2023 vom Bündnis an medico weitergeleitet worden sind. Den weitaus größten Anteil hatte dabei genauso wie im vorigen Jahr die Unterstützung unserer Projekte mit lokalen Partnern im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg (4,2 Mio. €). Weitere Zuwendungen gingen vom BEH unter anderem für die Erdbeben-Nothilfe (1,5 Mio. €), Nothilfe weltweit (615 TEUR) und die globalen Hungerkrisen (92 TEUR) bei medico in 2023 ein.

Zuschüsse öffentlicher und privater Institutionen – Zuschüsse für Projekte im Libanon, in Ostafrika, in den Palästinensischen Gebieten, Syrien, Südafrika, Afghanistan, El Salvador, Sri Lanka und Pakistan wurden voll oder anteilig durch das AA, das BMZ, medico Schweiz und terre des hommes finanziert.

Stiftungszuwendungen, Vermächtnisse und Geldauflagen – 500.000,00 € hat der Verein im Jahr 2023 von der Stiftung medico international für Projekte erhalten. Das bedeutet ein Plus von 11%. Die Einnahmen aus Vermächtnissen beliefen sich auf 272.018,00 Euro (+21,8%). Die wenig beeinflussbaren Geldauflagen steigerten sich auf 16.450,00 €.

Sonstige Erträge – Hierbei handelt es sich um die Mitgliedsbeiträge der Vereinsmitglieder medicos (7.897,78 €) sowie um Eingänge von Restvermögen aufgelöster Vereine sowie Rückzahlung aus institutioneller Förderung der aufgelösten gGmbH (28.203,76 €).

AUFWENDUNGEN

Transfers in die Projekte – In dieser Rubrik sind die Mittel, die direkt den Projekten zur Verfügung stehen und aus Spenden und Zuschüssen finanziert werden, aufgeführt.

Personalaufwand – Im hier ausgewiesenen Betrag sind enthalten: Die Gesamtkosten des inländischen und entsandten Personals, die mit lokalen Arbeitsverträgen angestellten Mitarbeiter:innen in den Auslandsbüros, freiberufliche Honorarkräfte, Aufwendungen für Praktikant:innen und Aushilfslöhne.

Abschreibungen – Die Abschreibungen auf die Sachanlagen und die immateriellen Vermögensgegenstände wurden planmäßig vorgenommen.

Sonstige Aufwendungen – Hier handelt es sich um Aufwendungen für Mietnebenkosten, Versicherungen, Porto, Telefon, Bürobedarf, Reisekosten, Sachaufwand für Projektbegleitung, Werbung, satzungsgemäße Bildungs- und Aufklärungsarbeit, Instandhaltungen und Wartungen, Beratungsleistungen sowie für sonstigen Verwaltungsbedarf. Nach dem Umzug in das Haus der Stiftung medico international im Oktober 2017 erfährt der Verein parallel zur Projektförderung aufgrund mietfrei genutzter Flächen auch eine institutionelle Förderung durch die Stiftung.

BILANZ ZUM 31.12.2023

AKTIVA

	Berichtsjahr	Vorjahr
	Euro	Euro
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	6,00	56,00
II. Sachanlagen	66.018,00	51.243,00
III. Finanzanlagen	87.455,42	112.455,42
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	126.300,23	60.614,86
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	13.839.980,00	10.912.338,74
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
I. Aktive Rechnungsabgrenzungen	17.432,78	7.835,58
	14.137.192,43	11.144.543,60

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ**Allgemeine Angaben**

Der Jahresabschluss von medico international e.V. ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und unter Berücksichtigung der Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) erstellt. Die Umsatzsteuer ist in den Anschaffungskosten des Anlagevermögens und in den Aufwendungen der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten, da der Verein nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt ist.

AKTIVA

A. Anlagevermögen**I. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE**

Hier handelt es sich um den um Abschreibungen verminderten Wert der 2023 und in den Vorjahren erworbenen Softwareprogramme und -lizenzen.

II. SACHANLAGEN

Die Sachanlagen setzen sich zusammen aus der Büroausstattung und der EDV-Hardware unter Berücksichtigung der jährlichen Abschreibungen.

III. FINANZANLAGEN

Die 2018 gegründete „forum medico gGmbH“ wurde aufgrund zu geringer Geschäftstätigkeit zum 31.12.2022 wieder aufgelöst. Alleiniger Gesellschafter dieser gGmbH war der Verein, das Stammkapital von 25.000,- € wurde am 04.04.2023 an medico international e.V. zurücküberwiesen. Aus Erbschaften sind dem Verein 2005 und 2012 verschiedene Anteile bzw. Geldanlagen zugegangen.

B. Umlaufvermögen**II. FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE**

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Reisekostenvorschüssen, aus im Haushaltjahr von einem externen Dienstleister eingenommenen, aber noch nicht weitergeleiteten Spenden sowie aus Forderungen aus noch nicht gezahlten staatlichen Zuschüssen für Projektförderung und aus einer noch offenen Rückzahlung von Projektgeldern eines Kooperationspartners.

III. KASSENBESTAND UND GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN

Bei dieser Position handelt es sich um die Bestände der Barkassen und Konten für laufende Zahlungen und Termingeldanlagen der Geschäftsstelle in Frankfurt/Main und um die Bestände des Büros in Ramallah.

C. Rechnungsabgrenzungsposten

Hierbei handelt es sich um einen um den Anteil für Mietaufwendungen des Büros in Ramallah, der 2023 im Voraus für 2024 bezahlt wurde, und zum anderen um für 2024 vorausgezahlte Kosten für Telegram-Kanal, Videobesprechungssoftware und Projektdatenbank.

PASSIVA

	Berichtsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. EIGENKAPITAL		
I. Vereinskapital	153.582,44	163.855,93
II. Rücklagen nach § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO	10.779.270,57	6.813.019,88
III. Freie Rücklagen nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	2.891.000,00	3.925.000,00
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Sonstige Rückstellungen	195.234,81	168.666,48
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	74.990,32	31.012,81
2. Sonstige Verbindlichkeiten	43.114,29	42.988,50
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
II. Passive Rechnungsabgrenzungen	0,00	0,00
	14.137.192,43	11.144.543,60

PASSIVA

A. Eigenkapital**I. VEREINSKAPITAL**

Das Vereinskapital setzt sich im Wesentlichen zusammen aus dem Anlagevermögen.

II. & III. RÜCKLAGEN

Die Rücklagen nach § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO von 10.779.270,57 € wurden gebildet

- für Projekte, die in 2023 und Vorjahren genehmigt und begonnen wurden, bei denen der Mittelabfluss in 2023 jedoch nur teilweise erfolgt ist [5.953.124,20 €]
- für zweckgebundene Restmittel aus Spenden [2.326.146,37 €]
- zur Sicherung der institutionellen Leistungsfähigkeit des Vereins [2.500.000,- €].

Die Freie Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO von 2.891.000,00 € wurde gebildet für Projekte, die in der Entwicklung bzw. Ausarbeitung für die kommenden Jahre sind, sowie für geplante Aufwendungen in allen anderen Arbeitsbereichen medicos.

B. Rückstellungen**Rückstellungen**

Rückstellungen in Höhe von 195.234,81 € wurden gebildet

- für noch bestehende Urlaubsansprüche [169.684,81 €]
- für die Kosten der Jahresabschlussarbeiten und der Wirtschaftsprüfung [25.550,00 €].

C. Verbindlichkeiten**Verbindlichkeiten**

Es handelt sich hier um Verbindlichkeiten

- aus Lieferungen und Leistungen [74.990,32 €]
- aus Lohnsteuern und Lohn und Gehalt [33.933,67 €]
- gegenüber Arbeitnehmer:innen in Ramallah [9.180,62 €].

Die Atax Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Zweigniederlassung Frankfurt am Main wurde von uns mit der Prüfung des Jahresberichts und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2023 beauftragt. Jahresabschluss und Lagebericht wurden mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk testiert. Das entsprechende Testat finden Sie unter www.medico.de.

ORGANIGRAMM



REVISIONSAUSSCHUSS

**Lars Grothe, Renate Zoller,
Michael Rumpf, Dr. Annelie Koschella**

Ombudsperson, Marie-Luise Rössel-Cunovic (ombudsperson@medico.de)

Lukas Sauer

Koordination Geschäftsführung

**ABTEILUNG FÜR
TRANSNATIONALE KOOPERATION****Dr. Sönke Widderich**

Mitglied der Geschäftsführung,
Abteilungsleitung, Pakistan

Sabine Eckart

Abteilungsleitung, Afrika, Vernetzung
mit europäischen Akteur:innen

Karoline Schaefer

Abteilungsleitung, Kritische [Not-]Hilfe,
Ukraine

Eva Bitterlich

Süd- und Südostasien

Jana Flörchinger

Zentralamerika & Mexiko

Valeria Hänsel

Flucht & Migration

Frauke Heller

Globale Gesundheit

Wilhelm Hensen

Naher Osten

Usche Merk

Psychosoziales, Afrika

Tim Mulhang

Südliches Afrika

Jan Schikora

Südamerika

Hendrik Slusarenka

Klimagerechtigkeit

Rachide Tennin

Naher Osten, Haiti

Corinna Zeitz

Flucht & Migration, Sahel

MEDICO-BÜRO PALÄSTINA & ISRAEL**Chris Whitman**

Büroleitung

Imad Toma

Abwesensheitsvertretung Büroleitung,
Koordination Finanzen und Administration

Wardeh Barghouti

Sekretariat, Verwaltungsassistenz

Rojan Ibrahim

Projektkoordination und Administration

Laila Yousef

Finanzen und Administration

ORGANE DES VEREINS

Die **Mitgliederversammlung** tritt als oberstes Organ von medico international e.V. mindestens einmal im Jahr zu einer Jahreshauptversammlung zusammen. Spätestens alle zwei Jahre werden aus der Mitgliedschaft heraus der Vereinsvorstand und der Revisionsausschuss neu gewählt. Außerdem bestimmt die Mitgliederversammlung jährlich die Prüfer:innen des Jahresabschlusses und legt den Prüfungsauftrag fest.

Nach § 7 der Satzung obliegt es dem **Vorstand**, die Geschäfte des Vereins nach Maßgabe der Satzung und der gesetzlichen Bestimmungen gewissenhaft zu führen. Der Verein wird im Sinne des § 26 BGB von zwei Vorstandsmitgliedern vertreten oder von einem Vorstandsmitglied zusammen mit einem besonderen Vertreter.

Aufgabe der **Geschäftsführung** ist es, die laufenden Geschäfte des Vereins nach Maßgabe der Satzung und den Beschlüssen des Vorstandes zu führen. Die Geschäftsführung ist dem Vorstand gegenüber verantwortlich und unterliegt der Überwachung durch den Vorstand. Ernannte Mitglieder der Geschäftsführung können durch Beschluss des Vorstandes zu besonderen Vertretern im Sinne von § 30 BGB berufen und in das Vereinsregister eingetragen werden. Dies ist bisher noch nicht umgesetzt worden (Stand: Mai 2024).

Der **Revisionsausschuss** prüft die Kasse sowie die gesamte kaufmännische Geschäftsführung und berichtet darüber jedes Jahr auf der Jahreshauptversammlung.

Die **Ombudsperson** unterstützt als unabhängige Instanz die Vereinsmitglieder, Projektpartner und Mitarbeiter:innen von medico international e.V. in der Prävention von Korruption und der Bekämpfung von Fehlentwicklungen und Missständen.

Die Mitglieder des Vorstands und des Revisionsausschusses sowie die Ombudsperson arbeiten ehrenamtlich; alle Kolleg:innen aus der Geschäftsführung und den Fachabteilungen arbeiten hauptamtlich. Neben den oben erwähnten 70 aktiven Mitgliedern unterstützen uns auch 5.800 Personen mit einer Fördermitgliedschaft im Sinne von § 4, 6 der Satzung.

PERSONAL

(durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter:innen)	2023	2022
INLANDSMITARBEITER:INNEN		
Vollzeitbeschäftigte	21	18
Teilzeitbeschäftigte	34	32
Geringfügig Beschäftigte, Werkstudierende	15	10
[Außerdem 6 Praktikant:innen durchschnittlich jeweils für ca. 3 Monate)		
MITARBEITER:INNEN IN AUSLANDSBÜROS		
Entsandte Beschäftigte	2	2
Lokale Beschäftigte (inklusive freie Mitarbeiter:innen)	4	4
	76	66

VERGÜTUNGSSTRUKTUR

Grundlage der Bruttonomatsgehälter 2023 ist ein in drei Gruppen unterteilter Haustarif, der auf einem Basisgehalt aufgebaut ist. Zulagen werden abgestuft für Berufserfahrung gewährt sowie für die zeitlich befristete Übernahme von definierten Funktionen. In 2023 waren alle voll- und teilzeitbeschäftigen Inlandsmitarbeiter:innen, sofern sie nicht Mitglieder der Geschäftsführung waren, in die Gehaltsgruppe „medico-Basis“ eingruppiert.

GEHALTSGRUPPEN	mit Zulagen	
	von €	bis €
A) Mitglieder der Geschäftsführung	5.137,60	6.723,20
B) medico-Basis	3.952,00	4.944,80
C) Assistenz u. ä.	3.556,80	3.956,80
D) Werkstudierende & Geringfügig Beschäftigte	Entlohnung auf Stundenbasis	

Alle Gehälter und Zulagen werden anteilig nach Wochenstunden berechnet, wobei als Vollzeit in 2023 die 40-Stunden-Woche galt. Für Kinder wird eine Zulage von 205 € mtl. pro Kind gezahlt. Eine aufgabenbezogene Zulage von 250 € mtl. ist zeitlich begrenzt möglich. Über die Zahlung eines 13. Monatsgehaltes wird alljährlich gesondert vom Vorstand entschieden. Im Jahr 2023 wurde allen Mitarbeiter:innen eine Inflationsausgleichsprämie von 2.000 € bis 3.000 € gezahlt. Der fünfköpfige Vorstand des Vereins arbeitet ehrenamtlich und unentgeltlich. Die Geschäftsführung besteht aus vier Personen, deren aufsummierter Jahresgehälter sich im Jahr 2023 auf 290.725,95 € belaufen. Nicht eingerechnet sind Arbeitgebersozialausgaben. Der Ausweis in Summe erfolgt aufgrund von Datenschutz.

VEREINSREGISTER / STEUERLICHE VERHÄLTNISSE

Der Verein medico international ist unter der Nummer VR 5468 im Vereinsregister beim Amtsgericht Frankfurt/Main eingetragen und wird beim Finanzamt Frankfurt am Main III unter der Steuer Nr. 45 255 93005 K10 geführt. Mit Bescheid vom 27. Oktober 2020 wurde dem Verein die Freistellung von der Gewerbe- und Körperschaftssteuer für die Jahre 2017, 2018 und 2019 erteilt. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. Abgabenordnung.

WESENTLICHE MITGLIEDSCHAFTEN UND VERBUNDENE RECHTSKÖRPER

medico international e.V. ist unter anderem Mitglied beim Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe VENRO sowie dem Bündnis Entwicklung Hilft. Im Jahr 2004 wurde die selbstständige Stiftung medico international gegründet, deren Zweck laut § 1, 2 ihrer Satzung überwiegend durch die materielle und ideelle Förderung des Vereins medico international e.V. verwirklicht wird.

Geförderte Kooperationen nach Regionen*

*Aufgeführt sind die Kooperationen, bei denen die Fördergelder im Berichtszeitraum überwiesen wurden. Erhielt ein Projekt 2023 mehrere Förderungen, sind diese zu einer Nennung zusammengefasst.



In einer Großküche unserer Partnerorganisation Mirnoe Nebo (dt. Friedlicher Himmel) werden Essen zur Verteilung an Binnenvertriebene und andere Bedürftige in der ostukrainischen Stadt Charkiw zubereitet.

AFRIKA

Ägypten

- Institutionelle Förderung / Dawar for Arts and Development (Dawar)
 - Dachgärten in Kairo / Dawar
- 20.002,00 €**

Mali

- Selbsthilfe von Abgeschobenen / Association Malienne des Expulsés
- 29.315,49 €** (inkl. Unterstützung medico-Stiftung)

Mosambik

- Unterstützung für binnenvertriebene Frauen in Cabo Delgado / Grupo de Mulheres de Partilha de Ideias de Sofala
 - Ländliche Organisationsentwicklung und Förderung der Ernährungssouveränität / União Nacional de Camponeses
- 122.148,00 €**

Niger

- Institutionelle Förderung / Alternative Espaces Citoyens
- 70.000,00 €**

Ostafrika [Kenia und Somalia]

- Verbesserung der Ernährungssicherheit und Einkommenssteigerung von Kleinbauern durch klimaangepasste Subsistenzwirtschaft in Somalia und Kenia / Nomadic Assistance for Peace and Development (NAPAD)
 - Not hilfe, Sicherung von Lebensgrundlagen und Gesundheit in Somalia und Kenia / NAPAD
 - Schutz der Lebensgrundlagen besonders gefährdeter Gruppen / Social Development through Community Action
- 164.694,48 €** (inkl. Unterstützung BMZ)

Sierra Leone

- Förderung nachhaltiger Lebensgrundlagen und Umweltsicherheit für vulnerable Jugendliche und Frauen / Network Movement for Justice and Development
 - Stärkung von Lobby- und Advocacy-Initiativen zum Schutz von Abgeschobenen / Network of Ex-Asylum Seekers Sierra Leone
- 109.117,53 €** (inkl. Unterstützung medico-Stiftung)

Simbabwe

- Unterstützung der sozialen Integration von lesbischen Frauen / Gays and Lesbians of Zimbabwe
- 22.219,96 €**

Südafrika

- Rechtshilfe für Geflüchtete gegen Ausbeutung und Ausgrenzung / Africa Revival Foundation
- Wissen, Advocacy, Energie: Für eine geschlechtergerechte Just Transition in Südafrika / Gender CC Southern Africa – Women for Climate Justice
- Stärkung eines Selbsthilfe-Netzwerks von Überlebenden sexuallisierter und geschlechterspezifischer Gewalt in KwaZulu-Natal / Phephisa Survivors Network
- Information von Community zu Ernährungspolitik, ihrer Beteiligung an gesundheitspolitischen Entscheidungen und Zugang zu Medikamenten / People's Health Movement South Africa (PHM-SA)
- Stärkung der Handlungsfähigkeit von Teenagern gegenüber HIV/AIDS und verwandter Gesundheitsrisiken / Sinani KwaZulu-Natal Programme for Survivors of Violence (Sinani)
- Institutionelle Förderung / Sinani
- Förderung einer Basisgesundheitsbewegung zur Stärkung gesundheitspolitischer Interessen der marginalisierten Bevölkerung / Khanya College, Sinani & PHM-SA
- Psychosoziale Arbeit mit Care-Arbeiter:innen, marginalisierten

Familien und Migrant:innen; institutionelle Förderung / Sophiatown Community Psychological Services
 - Stärkung des Greatmore Kulturzentrums / Ukwanda Puppets and Design Art Collective
570.339,31 € (inkl. Unterstützung BMZ und medico-Stiftung)

Westsahara

- Netzwerkstärkung und Kampagnenarbeit gegen völkerrechtswidrige Aktivitäten und Ressourcenausbeutung in der besetzten Westsahara und die Involviertheit europäischer und deutscher Unternehmen / Western Sahara Ressource Watch
13.948,49 €

Sri Lanka

- Stärkung der auf Ernährungssouveränität basierenden Erzeugergenossenschaften / Movement for Land and Agricultural Reform
 - Förderung einer Kultur des Respekts zwischen tamilischen, singhalesischen und muslimischen Gemeinden im Norden Sri Lankas / Social Economical and Environmental Developers (SEED)
 - Machbarkeitsstudie für Folgeprojekt (siehe oben) / SEED
 - Institutionelle Förderung / SEED
 - Uyirmai-Projekt: Kollektives Zentrum für ökologisches Leben, Landwirtschaften und Lernen / Uyirmai Collective
288.666,88 € (inkl. Unterstützung BMZ)

LATEINAMERIKA

Brasilien

- „Andere Gesundheit 2023“ – Hintergrundjournalismus zur Stärkung der Kämpfe um das öffentliche Gesundheitssystem / Associação Planeta Porto Alegre & Outras Palavras
 - Unterstützung von Widerstandsstrategien dreier von Frauen getragener Initiativen in der Peripherie von Rio de Janeiro [Agrarökologie] / Centro de Integração na Serra da Misericórdia
 - Ausbildung lokaler Aktivistinnen und Stärkung von Netzwerken zur gegenseitigen Fürsorge und gesundheitlichen Vorsorge / Escola Feminista Abya Yala
 - Stärkung der Menschenrechte im Bereich der Agrarreform / Movimento dos Trabalhadores Rurais sem Terra
117.395,00 € (inkl. Unterstützung medico-Stiftung)

Chile

- Stärkung der feministischen Bewegung / Coordinadora Feminista 8 de Marzo
 - Institutionelle Förderung / Fundación Nodo XXI
 - Mobilisierungen rund um das Recht auf Wasser angesichts zunehmender Großbrände und der Verfassungsdebatte / Movimiento por la Defensa del Agua, la Tierra y el Medio Ambiente
 - 50 Jahre Putsch – Für Erinnerung und Gerechtigkeit / ONG de Desarrollo Corporación de Promoción y Defensa de los Derechos del Pueblo
90.409,56 € (inkl. Unterstützung medico-Stiftung)

Costa Rica

- Verteidigung der Menschenrechte in Nicaragua und Unterstützung zur sozioökonomischen Stärkung von Frauen und jungen Führungskräften im Exil / Asociación Popol Na
38.521,67 € (inkl. Unterstützung medico-Stiftung)

El Salvador

- Stärkung des Umwelt- und Wassermanagements / Asociación de Promotores Comunales Salvadoreños
 - Recht auf Gesundheit und Erinnerungsarbeit / Fundación Museo de la Palabra y la Imagen
39.950,72 €

Guatemala

- Stärkung der gemeinschaftlichen Beteiligung an und Vertretung in öffentlichen Gremien in Gemeinden in der Region Ixcán / Asociación Coordinadora Comunitaria de Servicios para la Salud
 - Stärkung des Gesundheitssystems zur Gewährleistung des Zugangs zu Gesundheit / Bufete Jurídico de Derechos Humanos
 - Transitional Justice und Bürgerbeteiligung / Equipo de Estudios Comunitarios y Acción Psicosocial
 - „La Colmena“ – Wandernde indigene Kunst-, Kommunikations- und Filmschule / Panal Comunicación eka Festivales Solidarios
 - Kurzrecherchen über den Wahlprozess im Rahmen der nationalen Wahlen / Prensa Comunitaria Kilómetro 169
73.058,70 € (inkl. Unterstützung medico-Stiftung)

Haiti

- Institutionelle Förderung / Groupe d'Appui aux Rapatriés et Réfugiés
 - Institutionelle Förderung / Réseau National de Défense des Droits Humains
79.100,27 €



Das indonesische Institut Mosintuwu unterstützt den Widerstand gegen zerstörerische Großprojekte.

ASIEN

Afghanistan

- Unterstützung eines Netzwerks für Frauen- und Menschenrechte / Afghanistan Valorous Women Spontaneous Movement (AVWSM)
 - Schaffung eines sicheren Raums für Bildung, Arbeit und die Selbstversorgung von Frauen / AVWSM
 - Projektfonds zur Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger:innen bei ihrer Flucht aus Afghanistan / Afghanistan Human Rights and Democracy Organization
 - Nothilfe für Erdbebenopfer in Herat / Freiwilligengruppe „Reza Kar“
54.753,78 €

Bangladesch

- Gesundheitsprogramm für Arbeiter:innen in der Textil- und Bekleidungsindustrie / Gonoshasthaya Kendra
50.000,00 €

Indonesien

- Gemeindebasierte klimagerechte Landwirtschaft in Nordbali / IDEP Foundation
 - Haus der Souveränität: Forschung, Bildung, Ökonomie, Gesundheit, Medien, Umwelt / Institute Mosintuwu
65.412,15 € (inkl. Unterstützung medico-Stiftung)

Pakistan

- Stärkung ländlicher Gemeinden zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Sanghar / Health and Nutrition Development Society (HANDS)
 - Reduktion von CO₂-Emissionen und Unterstützung des ländlichen Gesundheitsprogramms durch Solarenergie und Wasserfilter / HANDS
 - Schutz von Arbeitsrechten in der globalen Lieferkette und Durchsetzung von Rechten in Arbeitnehmer:innenvierteln / National Trade Union Federation & Home based Women Workers Center Association
295.308,95 € (inkl. Unterstützung BMZ)

Philippinen

- Institutionelle Förderung und Katastrophenvorsorge / Samahang Operasyong Sagip (SOS)
 - Nothilfe für die von den Taifunen Egay und Falcon betroffene Bevölkerung / SOS
84.744,73 €

Mexiko

- Gemeinsame Plattform für Menschenrechte / Comité de Defensa Integral de Derechos Humanos Gobixha A.C.
- 15.000,00 €**

Nicaragua

- Migrantinnen erwerben mehr Wissen über ihre Rechte sowie Unterkunfts- und Unterstützungsmöglichkeiten / Asociación Centro de Estudio y Promoción Social de los Derechos Humanos
 - Würdevolle und menschliche Bewegungsfreiheit / Consorcio para el diálogo parlamentario y la equidad Oaxaca
- 25.576,00 €**



Die Bewegung der wohnsitzlosen Arbeiter:innen MTST kämpft in Brasilien für das Recht auf Wohnraum.

NAHER UND MITTLERER OSTEN**Irak [inkl. Region Kurdistan-Irak]**

- Unterstützung eines Kunst- und Kulturzentrums in Bagdad / Art and Culture Centre Baghdad
 - Klima- und Wasserprojekt im Nordirak / HAUKARI e.V.
 - Unterstützung eines Netzwerkes für Frauen- und Menschenrecht im Irak / Sadaa Center for Human Development & Aman Women Alliance
- 107.828,79 €** [inkl. Unterstützung medico-Stiftung]

Libanon

- Gesundheitsdienste und Schulungen für syrische Flüchtlinge und vulnerable Familien in Gastgemeinden in der Bekaa-Ebene und Süd-Beirut / AMEL
 - Stärkung der Resilienz von öffentlichen Gesundheitsdiensten, Flüchtlingen und vulnerablen Gemeinden / AMEL
 - Institutionelle Förderung / Anti-Racism Movement
 - Unterstützung einer unabhängigen und kritischen Basismedienplattform / Kham Collective
 - Etablierung einer alternativen, ökologischen und nachhaltigen urbanen Landwirtschaft im Flüchtlingslager Ein el Hilweh/ Nashet Association (Nashet)
 - Nothilfe für die vertriebenen Familien aus dem Ein el Hilweh Lager / Nashet
 - Unterstützung einer Frauenkooperative / Nashet
 - Für einen menschenzentrierten und inklusiven Wiederaufbau in Beirut – Institutionelle Förderung / Public Works
 - Institutionelle Förderung / Public Works
 - Institutionelle Förderung und Veröffentlichung einer kritischen Studie, ein Jahr nach der Explosion in Beirut / The Public Source
 - Juristische Beratung und Unterstützung / UMAM
- 3.518.824,94 €** [inkl. Unterstützung AA und BMZ]

Palästina / Israel

- Institutionelle Förderung / Adalah – The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel
- Institutionelle Unterstützung, Archivforschung und Advocacy / Akevot – Institute for Israeli – Palestinian Conflict Research
- Sicherstellung einer guten Regierungsführung auf nationaler Ebene / Al-Haq
- Schutz palästinensischer Kinder vor wirtschaftlicher Ausbeutung und gefährlicher Arbeit / Al-Marsad

- Institutionelle Unterstützung / Al Mezan Center for Human Rights
 - Sumud: Bekämpfung der Fragmentierung durch strategische Partnerschaften / Baladna – Association for Arab Youth
 - Institutionelle Unterstützung / Breaking the Silence
 - Die israelische Heterotopie / Gisha – Legal Center for Freedom of Movement
 - Unterstützung von Menschenrechtsanwält:innen / Human Rights Defenders Fund
 - Institutionelle Förderung / Kerem Navot
 - Pop-up-Kliniken in Süd-Israel / Physicians for Human Rights – Israel (PHR-I)
 - Institutionelle Förderung / PHR-I
 - Humanitäre Hilfe für Gaza / Palestinian Medical Relief Society (PMRS)
 - Jenseits der Mauer: Stärkung der Resilienz von Gesundheitsdiensten im Bereich nicht übertragbarer Krankheiten im Gazastreifen / PMRS
 - Gemeinsame humanitäre Hilfe für Gaza / PM RS & UAWC
 - Rechenschaftspflicht bei Folter – Förderung der Anwendung des Istanbul-Protokolls in Israel / Public Committee Against Torture – Israel
 - Rückgriff in die Vergangenheit: Geschichten von Menschen. Ausstellungen junger Künstler:innen / Shababek – Windows from Gaza for Contemporary Art
 - Projekt zur Früherkennung von Brustkrebs / The Culture and Free Thought Association (CFTA)
 - Notfallgutscheinprogramm für intern vertriebene Familien in Gaza / CFTA
 - Aggressiven Regierungskampagnen gegen Menschenrechtsorganisationen entgegenwirken / Social TV
 - Sicherung des Lebensunterhalts von Fischern und Hirten im Gazastreifen / Union of Agricultural Work Committees (UAWC)
 - Land- und Wasserrechte / UAWC
 - Jenseits der Mauer: Stärkung der Ernährungssicherung von Patient:innen mit nicht übertragbaren Krankheiten im Gazastreifen / UAWC
 - Olivenerntekampagne im Süden der Region Nablus und im Jordantal / UAWC
 - Institutionelle Förderung / Who Profits
 - Aufwendungen des Projektbüros Palästina-Israel
- 1.208.918,47 €** [inkl. Unterstützung BMZ]

Syrien

- Erdbebenhilfe für bedürftige Familien in Nordwestsyrien / Adopt a Revolution, about:change e.V.
 - Stärkung und Unterstützung von Frauen in Idlib / Adopt a Revolution (AaR)
 - Verbesserung der Hygienebedingungen in Camps von Binnenvertriebenen sowie Stärkung von Frauen und Kindern in Idlib / AaR
 - Erdbebenhilfe Nordostsyrien / Kurdischer Roter Halbmond (KRC)
 - Erdbebenhilfe und Wiederaufbau Nordostsyrien / KRC
 - Unterstützung eines Frauenhauses in Nordostsyrien / KRC
 - Unterstützung eines Kinderheims in Nordostsyrien / KRC
 - Unterstützung eines Prothesenzentrums mit integrierter Physiotherapie sowie psychosozialer Betreuung in Nordsyrien / KRC
 - Nothilfe für die zerstörte Wasserinfrastruktur / KRC
 - Verbesserung der Lage von inhaftierten Minderjährigen mit mutmaßlichem IS-Bezug in Nordostsyrien und Vorbereitung der Resozialisierung / Purity
 - Unterstützung der Menschenrechtsarbeit in Nordsyrien / Rights Defense Initiative (RDI)
 - Dokumentation von Menschenrechtsverbrechen in Nordsyrien / RDI
 - Erdbebenhilfe in Nordwestsyrien / SAWA for Development and Aid (SAWA)
 - Bereitstellung von Rechtshilfe für syrische Geflüchtete im Libanon und in Syrien / SAWA
 - Schutz der Menschenrechte politischer Gefangener in Syrien / The Center
- 2.434.463,73 €** [inkl. Unterstützung AA]

Türkei [kurdische Gebiete]

- Aufbau eines Zentrums für Ökologie in der Südosttürkei / Ekeloji Derneği
- Erdbebenhilfe Türkei / Ekeloji Derneği
- Erdbebenhilfe Maras / MARDEF Europäische Initiative Maras e.V.
- Ökonomische und soziale Stabilisierung der ländlichen Bevölkerung

im vom Erdbeben betroffenen Gebiet / Mezopotamya Göç İzleme Ve Araşturma Derneği

- Geflüchtete in Van: Leben und Geschichten / ORTAKÇA
- Solidaritätsarbeit mit Frauen nach dem Erdbeben / Rosa Women's Association

776.180,11 €



Das Phephisa Survivors Network stärkt Überlebende sexualisierter und geschlechterspezifischer Gewalt in Südafrika.

THEMATISCHE FÖRDERSCHWERPUNKTE

Globale Gesundheit

- Mitgliedsbeitrag und Programmfinanzierung / Geneva Global Health Hub
 - Institutionelle und Programmförderung / People's Health Movement (PHM) – Global Secretariat Bogotá
 - Unterstützung der International People's Health University in Nairobi, Kenia / PHM-Kenia & Centre for Women Empowerment in Technology
 - Gesundheits- und Klimagerechtigkeit im östlichen und südlichen Afrika / Training and Research Support Centre für EQUINET
- 79.350,98 €**

Flucht & Migration

- Unterstützung des Alarmphones Sahara / Alarmphones Sahara
 - Betreuung von Geflüchteten / Anti-Rassismus-Telefon Essen (ART)
 - Förderung des westafrikanischen Netzwerkes zur Verteidigung der Rechte von Migrant:innen, Geflüchteten und Asylbewerber:innen / Association Malienne des Expulsés (AME)
 - Die Nador-Melilla-Untersuchung / Border Forensics
 - Border Forensics: Sahara / Border Forensics
 - Sensibilisierung für die Gefahren der illegalen Migration / Cedar Centre for Legal Studies
 - Rechtliche Unterstützung von Syrer:innen und Libanes:innen im Fluchtkontext / Cedar Centre for Legal Studies
 - Interdisziplinärer Anti-Kriegs-Hub Georgien / Educat e. V.
 - Unterstützung für Fliehende an der polnisch-belarussischen Grenze / Egala
 - Anti-Repressionsarbeit – Unterstützung der Grupa Granica in Polen / Helsinki Foundation for Human Rights
 - Institutionelle Förderung / Migreurop
 - Rechtsberatung und strategische Prozessführung – Kampf gegen Entrechtung auf Lesbos und im ägäischen Meer / Legal Centre Lesbos
 - Unterstützung für die Überlebenden des Schiffbruchs von Pylos / Legal Centre Lesbos
 - Institutionelle Förderung und Rechtskämpfe an der EU-Außengrenze in der Ägäis / Legal Centre Lesbos
 - Beobachtung von Grenzgewalt und Unterstützung von antirassistischen Graswurzelbewegungen in der Türkei / Rigardu e. V.
 - Selbstorganisation Geflüchteter auf Lesbos / Welcome Office und Partner:innen
- 443.232,91 €** (inkl. Unterstützung medico-Stiftung)

Klimagerechtigkeit

- Kapazitätsaufbau gegen Klimaungerechtigkeit in Afrika / African Climate Justice Collective (ACJC)
 - Mobilisieren gegen die Ursachen der Klimakrise in Afrika / ACJC
 - Stärkung des lokalen Widerstandes gegen Kohleindustrie und Landgrabbing / African Coaching Network
 - Unterstützung von Sanitäranlagen auf dem Climate Justice Camp im Libanon / Climate Justice Camp Lebanon
 - Unterstützung einer Graswurzelbewegung für einen Schuldenschnitt und Klimagerechtigkeit / Debt for Climate
 - Kapazitätsentwicklung von Akteuren des Globalen Südens in den Diskurs zur Klimagerechtigkeit / IBON International
 - Agrarökologie und Klimagerechtigkeit – Advocacy und Aufbau von Alternativen / Kenyan Peasants League
- 140.003,93 €** (inkl. Unterstützung medico-Stiftung)

Krieg in der Ukraine

- Unterstützung von besonders vulnerablen Flüchtenden aus der Ukraine / Asmaras World e. V.
 - Unterstützung von Gesundheitsarbeiter:innen in Kriegszeiten und Verteidigung ihrer Rechte / Bud' jak Nina
 - Unterstützung für geflüchtete Roma aus der Ukraine in Warschau / Foundation Towards Dialogue
 - Unterstützung für Binnenvertriebene in der Ukraine / Europäisches BürgerInnen Forum & Komitee für medizinische Hilfe in Transkarpatien
 - Unterstützung linker Stimmen und Vernetzung mit anti-imperialistischen Kämpfern im Globalen Süden / Institute for Systemic Alternatives
 - Medizinische Versorgung von ukrainischen Geflüchteten / LOGS Association
 - Lebensmittelhilfe in Charkow (Charkiw) – Suppenküche / Mirnoe Nebo
 - Langfristige Perspektiven für Binnenvertriebene in der Westukraine / Pro Longo Mai
- 3.875.972,93 €**

Psychosoziale Hilfe

- Erinnerung als Verbindung – Recherche und Konzeptentwicklung / Clandestini – Solidarität mit Flüchtlingen e. V.
 - Transnationaler Workshop zum Erfahrungsaustausch für Menschenrechtsakteur:innen / medico international
 - Psychosoziale Beratung in Zeiten von gesellschaftlicher Entsolidarisierung / Verband der Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V.
- 88.043,39 €**

Transnationale Menschenrechtsarbeit

- Entwicklung einer strategischen Partnerschaft zwischen ECCHR und medico international / European Center for Constitutional and Human Rights
 - Ein sicherer Ort für das Mena Prison Forum / UMAM D&R gGmbH
- 134.172,00 €**

Legende genannter weiterer Unterstützung

AA: Auswärtiges Amt

BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



„Statt eines ‚radikalen Universalismus‘, der als Fluchtpunkt für die Gleichheit aller an jedem Ort und zu jeder Zeit den Rahmen für weltpolitisches Handeln setzen könnte, erleben wir den Zerfall in identitäre Kämpfe und nationalen Chauvinismus.“

aus dem Editorial

Foto: Mohammed Zaanoun/Activestills

m)
medico international

medico international e.V.

Lindleystraße 15

60314 Frankfurt am Main

Spendenkonto:

IBAN: DE69 4306 0967 1018 8350 02

BIC: GENODEM1GLS